

Die Sozialen Grundsätze

angenommen an der Tagung der Zentralkonferenz von Mittel- und Südeuropa 2005 der Evangelisch-methodistischen Kirche

© Evangelisch-methodistische Kirche Mittel- und Südeuropa

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Präambel	2
160. I. Die natürliche Welt	3
A) Wasser, Luft, Boden, Bodenschätze, Pflanzen:	3
B) Verwendung von Energieressourcen:	3
C) Tierisches Leben:	4
D) Das Weltall:	4
E) Wissenschaft und Technik:	4
F) Unbedenklichkeit von Nahrungsmitteln:	4
161. II. Die menschliche Gemeinschaft	4
A) Die Familie:	5
B) Andere christliche Formen des Zusammenlebens:	5
C) Ehe:	5
D) Ehescheidung:	5
E) Alleinlebende:	5
F) Frauen und Männer:	5
G) Menschliche Sexualität:	6
H) Gewalt und Missbrauch in der Familie:	6
I) Sexuelle Belästigung:	6
J) Abtreibung:	7
K) Der Dienst an denjenigen, die eine Abtreibung erlebt haben:	7
L) Adoption:	7
M) Die gewissenhafte Pflege sterbender Personen:	8
N) Selbstmord:	8
162. III. Die soziale Gemeinschaft	8
A) Rechte der Rassen ethnischer Personen:	9
B) Rechte religiöser Minderheiten:	9
C) Rechte von Kindern:	9
D) Rechte Jugendlicher:	10
E) Rechte alter Menschen:	10
F) Rechte der Frauen:	10
G) Rechte Behinderter:	10
H) Gleiche Rechte ungeachtet der sexuellen Orientierung:	11
I) Bevölkerungswachstum:	11
J) Alkohol und andere Drogen:	11
K) Tabak:	12
L) Medizinische Experimente:	12
M) Gentechnik:	12
N) Leben auf dem Land:	12
O) Nachhaltige Landwirtschaft:	13
P) Urbanes - suburbanes Leben:	13
Q) Gewalt in den Medien und christliche Werte:	13
R) Informations- und Kommunikationstechnik:	14
S) Menschen mit HIV und AIDS:	14
T) Recht auf Gesundheitsversorgung:	14
U) Organtransplantation und Organspende:	15

163.	IV. Die wirtschaftliche Gemeinschaft	15
	A) Eigentum:.....	15
	B) Tarifverhandlungen:	15
	C) Arbeit und Freizeit:.....	16
	D) Konsum:.....	16
	E) Armut:	16
	F) Migranten als Arbeitnehmer:	17
	G) Glücksspiele:	17
	H) Landwirtschaftliche Familienbetriebe:.....	17
	I) Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen:	17
	J) Handel und Investitionen:	17
164.	V. Die Politische Gemeinschaft.....	18
	A) Grundrechte und Menschenrechte:	18
	B) Politische Verantwortung:	18
	C) Beziehung von Kirche und Staat:	18
	D) Informationsfreiheit:	18
	E) Bildung:	18
	F) Ziviler Gehorsam und ziviler Ungehorsam:	19
	G) Todesstrafe:.....	19
	H) Strafrecht und heilende Gerechtigkeit:	19
	I) Militärdienst:	20
165.	VI. Die Weltgemeinschaft.....	20
	A) Nationen und Kulturen:	21
	B) Nationale Macht und Verantwortung:	21
	C) Krieg und Frieden:	21
	D) Recht und Gerechtigkeit:	21
166.	VII. Unser Soziales Glaubensbekenntnis	22

Vorwort

In der *United Methodist Church* hat das Anliegen der sozialen Gerechtigkeit eine lange Geschichte. Ihre Mitglieder haben oft zu kontroversen Themen bezüglich christlicher Grundsätze offen und ehrlich Stellung bezogen. Die frühen Methodisten haben ihre Ablehnung des Sklavenhandels, der Schmugglerei und der grausamen Behandlung von Gefangenen kundgetan.

1908 beschloss die *Methodist Episcopal Church (North)* ein soziales Bekenntnis. Innerhalb des folgenden Jahrzehnts beschlossen die *Methodist Episcopal Church (South)* und die *Methodist Protestant Church* ähnliche Erklärungen. 1946, beim Zusammenschluss der *United Brethren* und der *Evangelical Church* beschloss die *Evangelical United Brethren Church* eine soziale Grundsatzerklärung. 1972, vier Jahre nach dem Zusammenschluss der Methodistischen Kirche mit der *Evangelical United Brethren Church* 1968, beschloss die Generalkonferenz der *United Methodist Church* eine neue soziale Grundsatzerklärung, die 1976 (und durch jede nachfolgende Generalkonferenz) revidiert wurde. Die sozialen Grundsätze sind eine von Gebet und Nachdenken getragene Bemühung auf Seiten der Generalkonferenz, die grossen Themen des Menschen in der gegenwärtigen Welt von einer soliden biblischen und theologischen Grundlage aus zu behandeln, wie es, wie die Geschichte zeigt, die Tradition der *United Methodists* ist. Sie sind ein Aufruf zur Gewissenhaftigkeit und sollen im besten prophetischen Geist belehrend und überzeugend wirken; jedoch sind sie nicht Teil des Kirchenrechts. Die sozialen Grundsätze stellen einen Aufruf an alle Mitglieder der *United Methodist Church* dar, einen wohl überlegten, von Gebet begleiteten Dialog in Glauben und Praxis zu führen, (Siehe Abs. 509.)

Präambel

Wir, die Menschen, die sich *United Methodists* nennen, bekräftigen unseren Glauben an Gott, unseren Schöpfer und Vater, an Jesus Christus, unseren Erlöser, und an den Heiligen Geist, unseren Leiter und Beschützer.

Wir erkennen unsere totale Abhängigkeit von Gott in Geburt, Leben, Tod und ewigem Leben an. Sicher in Gottes Liebe bejahen wir die Güte des Lebens und bekennen unsere zahlreichen Sünden gegen Gottes Willen für uns, wie wir ihn in Jesus Christus finden. Wir sind nicht immer treue Haushalter all dessen gewesen, was uns von Gott, dem Schöpfer, anvertraut worden ist. Wir sind widerwillige Nachfolger Jesu Christi in seiner Mission gewesen, alle Menschen in eine Gemeinschaft der Liebe zu bringen. Obwohl wir durch den Heiligen Geist berufen sind, neue Geschöpfe in Christus zu werden, haben wir uns dem darüber hinausreichenden Ruf widersetzt, in unserem Umgang miteinander und mit der Erde, auf der wir leben, das Volk Gottes zu werden.

Dankbar für Gottes vergebende Liebe, in der wir leben und durch die wir gerichtet werden, und unseren Glauben an den unschätzbaren Wert jedes Einzelnen bekräftigend, erneuern wir unsere Verpflichtung, treue Zeugen des Evangeliums zu werden, nicht nur bis an die Enden der Erde, sondern auch bis in die Tiefen unseres gemeinschaftlichen Lebens und Arbeitens.

160. I. Die natürliche Welt

Alle Schöpfung gehört dem Herrn, und wir sind für die Art und Weise verantwortlich, in der wir sie gebrauchen und missbrauchen. Wasser, Luft, Boden, Bodenschätze, Energiereserven, Pflanzen, Tiere und der Weltraum sind wert zu achten und zu bewahren, weil sie Gottes Schöpfung sind und nicht nur, weil sie für den Menschen nützlich sind. Gott hat uns mit der Haushalterschaft der Schöpfung betraut. Wir sollten diesen Haushalterpflichten mit liebevoller, aktiver Fürsorge und Respekt nachkommen. Die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und technischen Entwicklungen haben uns Menschen zahlenmässig anwachsen lassen und unser Leben verlängert und bereichert. Jedoch haben diese Entwicklungen zu örtlicher Entlaubung, dramatischer Ausrottung einzelner Arten, gewaltigem menschlichem Leid, Überbevölkerung, und Missbrauch und übermäßigem Verbrauch von natürlichen und nicht erneuerbaren Ressourcen - insbesondere durch die Industrieländer - geführt. Diese anhaltende Handlungsweise gefährdet das natürliche Erbe, das Gott allen Generationen anvertraut hat. Lasst uns deshalb die Verantwortung der Kirche und ihrer Mitglieder erkennen und den Veränderungen im wirtschaftlichen, politischen, sozialen und technischen Lebensstil grosse Priorität einräumen, um eine ökologisch ausgeglichene und nachhaltigere Welt zu fördern, was wiederum zu einer besseren Lebensqualität für Gottes Schöpfung in ihrer Gesamtheit führen wird.

A) Wasser, Luft, Boden, Bodenschätze, Pflanzen:

Wir unterstützen und fördern eine Sozialpolitik, die darauf zielt die Schaffung industrieller Nebenprodukte und Abfall zu vermindern und zu kontrollieren; die sichere Handhabung und Verwahrung giftigen und nuklearen Abfalls zu ermöglichen und auf die Vermeidung beider hinarbeiten; die Verminderung des Haushaltmülls zu fördern; für angemessene Wiederverwertung und Deponierung von Haushaltmüll zu sorgen; die Reinigung verschmutzter Luft, verschmutzten Wassers und verschmutzter Erde zu unterstützen. Wir rufen auf zur Erhaltung von Wäldern mit alten Baumbeständen und anderen unersetzbaren Naturschätzen, wie auch zur Erhaltung gefährdeter Pflanzenarten. Wir unterstützen Massnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung von natürlichen Ökosystemen. Wir unterstützen Massnahmen, die in der Produktion, Verarbeitung und Haltbarmachung von Nahrungsmitteln Alternativen zu chemischen Stoffen entwickeln, und wir drängen sehr auf angemessene Forschung über deren Wirkungsweisen auf Gottes Schöpfung, bevor sie zum Einsatz kommen. Wir drängen auf die Entwicklung von internationalen Abkommen bezüglich der gerechten Verwendung der Ressourcen der Erde zum Nutzen des Menschen, solange die Integrität der Erde gewahrt ist.

B) Verwendung von Energieressourcen:

Wir bejahen, dass die nichtmenschliche Schöpfung an sich einen Wert besitzt und unterstützen und fördern deshalb soziale Massnahmen, die auf eine vernünftige und zurückhaltende Umwandlung von Teilen der nichtmenschlichen Welt in Energie zum Nutzen des Menschen ausgerichtet sind und die solche Techniken der Energieproduktion unwichtig oder überflüssig machen, die die Gesundheit, die Sicherheit und gar die Existenz der gegenwärtigen und zukünftigen menschlichen und nichtmenschlichen Schöpfung gefährden. Darüber hinaus drängen wir auf eine kompromisslose Unterstützung des Energiesparens und der verantwortlichen Entwicklung aller Energieressourcen, mit einem besonderen Anliegen für die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen, so dass die Güte der Erde gewahrt sei.

C) Tierisches Leben:

Wir unterstützen Gesetze, die das Leben und die Gesundheit der Tiere schützen, einschliesslich derer, die die humane Behandlung von Haustieren, Nutztieren und Tieren, die für Forschungszwecke verwendet werden, sicher stellen, ebenso wie das schmerzlose Schlachten von Fleisch liefernden Tieren, Fisch und Geflügel. Wir fördern die Erhaltung aller Tierarten einschliesslich der vom Aussterben bedrohten.

D) Das Weltall:

Das Universum, ob bekannt oder unbekannt, ist Gottes Schöpfung und verdient denselben Respekt, den wir der Erde entgegenbringen sollen.

E) Wissenschaft und Technik:

Wir erkennen die Wissenschaft als eine legitime Interpretation von Gottes natürlicher Welt an. Wir bejahen die Gültigkeit der wissenschaftlichen Aussagen in ihrer Beschreibung der natürlichen Welt, wenngleich wir die Naturwissenschaften davon ausschliessen, autoritative Aussagen über theologische Themen zu machen. Wir erkennen die Technik als einen legitimen Gebrauch von Gottes natürlicher Welt an, solange dieser Gebrauch das menschliche Leben fördert und alle Kinder Gottes in die Lage versetzt, ihr Gott gegebenes schöpferisches Potenzial zu entwickeln, ohne unsere ethischen Überzeugungen über die Beziehung des Menschen zur natürlichen Welt zu verletzen.

In Anerkennung der wichtigen Rollen der Wissenschaft und Technik glauben wir allerdings auch, dass ein theologisches Verständnis von der menschlichen Erfahrungswelt für ein umfassendes Verständnis des Ortes, den die Menschheit im Universum einnimmt, von entscheidender Bedeutung ist. Die Naturwissenschaften und die Theologie schliessen sich nicht so sehr gegenseitig aus, als sie sich gegenseitig ergänzen. Deshalb ermuntern wir zum Dialog zwischen den naturwissenschaftlichen und theologischen Fachbereichen und streben nach der Art des gegenseitigen Teilhabens, die die Menschheit in die Lage versetzt wird, das Leben auf der Erde zu erhalten und, durch Gottes Gnade, die Qualität unseres gemeinsamen Lebens zu verbessern.

F) Unbedenklichkeit von Nahrungsmitteln:

Wir unterstützen Massnahmen, die die Nahrungsmittelversorgung schützen und die das Recht der Allgemeinheit wahren, die Inhaltsstoffe der Nahrungsmittel zu kennen, die man isst. Wir rufen nach strengen Untersuchungen und Kontrollen der biologischen Unbedenklichkeit aller Nahrungsmittel, die für den menschlichen Verbrauch bestimmt sind. Wir drängen auf unabhängige Untersuchungen zu chemischen Rückständen in Nahrungsmitteln, und auf die Entfernung von Nahrungsmitteln vom Markt, die in potentiell gefährlichen Mengen auf folgende Weise verunreinigt sind: durch Pestizide, Herbizide oder Fungizide; Rückstände von tierischen Antibiotika, Steroiden oder Hormonen; verunreinigende Substanzen, die aus Verbrennungsanlagen oder anderen Industrieanlagen durch die Luft, den Boden oder das Wasser getragen werden. Wir rufen nach einer deutlichen Kennzeichnung aller verarbeiteten oder veränderten Nahrungsmittel mit einer obligatorischen Unbedenklichkeitsprüfung, bevor sie auf den Markt kommen. Wir widersetzen uns einer Lockerung der Normen für organische Nahrungsmittel. Wir rufen nach Massnahmen, die den schrittweisen Übergang zu nachhaltiger und organischer Landwirtschaft fördern und unterstützen.

161. II. Die menschliche Gemeinschaft

Die Gemeinschaft bietet das Potential, Menschen so zu fördern, dass sie die Fülle ihres Menschseins erlangen. Wir glauben, dass wir Verantwortung tragen, neue Formen der Gemeinschaft einzuführen, zu unterstützen und zu beurteilen, die die Entwicklung des vollen Potentials einzelner Menschen fördern. An erster Stelle steht für uns die biblische Ansicht, dass alle Menschen wichtig sind - weil sie Menschen sind, die von Gott geschaffen und durch und von Jesus Christus geliebt sind, und nicht etwa, weil sie sich auf irgendeine Weise ihre Bedeutung verdient hätten. Deshalb unterstützen wir ein gesellschaftliches Klima, in dem menschliche Gemeinschaften zum Wohle aller Menschen und deren Wachstums erhalten und gestärkt werden. Ausserdem ermutigen wir alle einzelnen Personen dazu, durch die Verwendung einer angemessenen Sprache, wenn von allen Menschen gesprochen wird, Rücksicht auf andere Menschen zu nehmen. Ausdrucksweisen abfälliger Natur (bezogen auf Rassen, Nationalitäten, den ethnischen Hintergrund, das Geschlecht, die sexuelle Orientierung und körperliche Unterschiede) sind kein Ausdruck der gegenseitigen Wertschätzung und widersprechen dem Evangelium Jesu Christi.

A) Die Familie:

Wir glauben, dass die Familie die grundlegende menschliche Gemeinschaft darstellt, durch die Menschen in wechselseitiger Liebe, Verantwortung, Respekt und Treue gefördert und erhalten werden. Wir bejahen die Wichtigkeit sowohl der Väter als auch der Mütter für alle Kinder. Wir verstehen die Familie ausserdem so, dass sie eine grössere Bandbreite an möglichen Formen einschliesst als die Zwei-Generationen-Einheit von Eltern und Kindern (die Kernfamilie), wozu die weitere Familie, Familien mit adoptierten Kindern, Alleinerziehende, Familien mit Stiefkindern und kinderlose Ehepaare zählen. Wir bejahen die gemeinsame Erziehungsverantwortung von Männern und Frauen und fördern soziale, wirtschaftliche und religiöse Bemühungen, Beziehungen innerhalb der Familie zu erhalten und zu stärken, so dass jedes Familienmitglied auf seinem Weg zum vollkommenen Menschsein Unterstützung erhält.

B) Andere christliche Formen des Zusammenlebens:

Wir achten darüber hinaus die Bewegung, neue Formen der fördernden Gemeinschaft zu finden, wie z.B. die Koinonia Farms¹, bestimmte klösterliche Orden und religiöse Gemeinschaften und andere Arten des gemeinsamen kirchlichen Lebens. Wir drängen die Kirche, Wege zu suchen, um die Nöte und Belange solcher christlicher Gruppen zu verstehen und Wege zu finden, ihnen und durch sie zu dienen.

C) Ehe:

Wir bejahen die Heiligkeit des Ehebundes, der seinen Ausdruck in Liebe, gegenseitiger Unterstützung, persönlichem Engagement und beiderseitiger Treue zwischen einem Mann und einer Frau findet. Wir glauben, dass auf einer solchen Ehe der Segen Gottes ruht, ganz gleich, ob aus dieser Einheit Kinder hervorgegangen sind oder nicht. Wir lehnen gesellschaftliche Normen ab, die an Frauen in der Ehe andere Ansprüche stellen als an Männer. Wir unterstützen Gesetze in der bürgerlichen Gesellschaft, die die Ehe als die Einheit eines (einzigen) Mannes und einer (einzigen) Frau definieren.

D) Ehescheidung:

Gottes Plan ist der einer lebenslangen, treuen Ehe. Die Kirche muss in der Beratung vor und nach der Eheschliessung an vorderster Front stehen, um starke Ehen zu schaffen und zu bewahren. Wenn jedoch ein Ehepaar sich so stark entfremdet ist, dass auch nach gründlichem Abwägen und Beratung alle Versuche der Versöhnung scheitern, ist inmitten dieser Zerbrochenheit die Scheidung eine bedauernswerte Alternative. Wir sind betrübt über die verheerenden emotionalen, geistlichen und wirtschaftlichen Folgen einer Scheidung für alle Beteiligten und sind über die hohen Scheidungsraten sehr besorgt.

E) Alleinlebende:

Wir bestätigen die Integrität alleinlebender Personen, und wir lehnen alle diskriminierenden gesellschaftlichen Praktiken oder gesellschaftlichen Ansichten ab, die Menschen aufgrund ihres Alleinlebens mit Vorurteilen belasten.

F) Frauen und Männer:

Wir bejahen mit der Bibel das gemeinsame Menschsein von Männern und Frauen, die beide in den Augen Gottes den gleichen Wert haben. Wir lehnen die irrige Vorstellung ab, dass ein Geschlecht dem anderen überlegen sei, dass ein Geschlecht gegen das andere kämpfen müsse, und dass die Angehörigen des einen Geschlechts nur auf Kosten des anderen Liebe, Macht und Ansehen empfangen sollten. Insbesondere lehnen wir die Vorstellung ab, Gott habe die einzelnen Menschen als unvollständige Bruchstücke geschaffen, die nur in der Einheit mit dem jeweils Anderen zur Ganzheit gelangen. Wir rufen Frauen und Männer gleichermaßen dazu auf, Macht und Kontrolle zu teilen, zu lernen, frei zu geben und frei zu empfangen, vollständig zu sein und die Ganzheit anderer zu respektieren. Wir streben für jeden einzelnen Menschen nach Möglichkeiten und der Freiheit, zu lieben und geliebt zu werden, nach Gerechtigkeit zu streben und diese zu erhalten, und ethische Selbstbestimmung zu üben. Wir verstehen die Unterschiedlichkeit unserer Geschlechter als ein Geschenk von Gott mit dem Ziel, die reiche Vielfalt der menschlichen Erfahrungen und Sichtweisen weiter zu vergrössern; und wir wehren uns gegen Haltungen und Traditionen, die diese gute Gabe verwenden könnten, um die Mitglieder des einen Geschlechts in Beziehungen ungeschützter zu lassen als das andere.

¹ Von der EMK nicht autorisierte Anmerkung des Redaktors: Koinonia Farms ist eine sozial-christliche Arbeit. Siehe <http://www.koinoniapartners.org>

G) Menschliche Sexualität:

Wir erkennen an, dass die Sexualität Gottes gute Gabe für alle Menschen ist. Wir glauben, dass Menschen nur dann ganz Mensch sein können, wenn diese Gabe durch sie selbst, durch die Kirche und durch die Gesellschaft anerkannt und bejaht wird. Wir rufen alle Menschen dazu auf, im Umgang mit dieser Gabe sich selbst, anderen und der Gesellschaft gegenüber die disziplinierte und verantwortliche Erfüllung zu suchen. Auch erkennen wir unser begrenztes Verständnis von dieser komplexen Gabe an und ermutigen die medizinischen, theologischen und gesellschaftlichen Wissenschaftszweige dazu, sich mit vereinten Kräften bewusst darum zu bemühen, die menschliche Sexualität vollständiger zu begreifen. Wir rufen die Kirche dazu auf, in der Zusammenführung dieser einzelnen Wissenschaftszweige zur Behandlung dieses höchst komplexen Themas die Führungsrolle zu übernehmen. Darüber hinaus erkennen wir innerhalb des Kontextes unseres Verständnisses dieser Gabe Gottes an, dass Gott uns dazu herausfordert, verantwortungsbewusste, engagierte und liebende Ausdrucksformen zu finden. Zwar sind alle Menschen, ob verheiratet oder nicht, sexuelle Wesen. Sexuelle Beziehungen werden jedoch nur innerhalb des Ehebundes klar bejaht. Sex kann sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Ehe ausbeuterische Formen annehmen. Wir lehnen alle Ausdrucksformen der Sexualität ab, die das Menschsein, das Gott uns als ein Geburtsrecht gegeben hat, beschädigen oder zerstören, und wir bejahen nur die Ausdrucksformen der Sexualität, die ebendieses Menschsein fördern. Wir glauben, dass sexuelle Beziehungen, in denen durch einen oder beide Partner Ausbeutung, Missbrauch oder Partnerwechsel geschieht, ausserhalb der Parameter des akzeptablen christlichen Lebenswandels liegen und sich auf die einzelnen Personen, die Familien und die gesellschaftliche Ordnung letztendlich zerstörend auswirken.

Wir missbilligen alle Formen der Kommerzialisierung und Ausbeutung der Sexualität mit der daraus folgenden Abwertung und Entwürdigung der menschlichen Persönlichkeit. Wir rufen nach einer strengen weltweiten Durchsetzung von Gesetzen, die die sexuelle Ausbeutung oder Benutzung von Kindern durch Erwachsene verbieten, und wir unterstützen Bemühungen, die Täter rechtlich und finanziell zur Verantwortung zu ziehen. Wir rufen nach der Einrichtung von angeschlossenen Schutzeinrichtungen und Beratungs- und Seelsorgemöglichkeiten für derart missbrauchte Kinder. Wir bestehen darauf, dass alle Menschen ungeachtet ihres Alters, ihres Geschlechts, ihres Zivilstandes oder ihrer sexuellen Orientierung das Recht auf die Gewährleistung ihrer menschlichen und gesellschaftlichen Rechte haben.

Wir erkennen den anhaltenden Bedarf an Möglichkeiten für eine umfassende, positive, altersgemässe und situationsgerechte Geschlechtererziehung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die Kirche bietet eine einmalige Möglichkeit, um in diesem Bereich qualitativ hochstehende Beratung und Bildung zu leisten.

Homosexuelle sind nicht minder als heterosexuelle Personen von heiligem Wert. Alle Menschen benötigen den Dienst und die Leitung der Kirche in ihren Kämpfen um Erfüllung in ihrem Menschsein wie auch die geistliche und emotionale Fürsorge einer Gemeinschaft, die eine versöhnende Beziehung zu Gott, zu anderen und zu sich selbst ermöglicht. Die *United Methodist Church* duldet keine praktizierte Homosexualität und betrachtet diese Handlungsweise als unvereinbar mit der christlichen Lehre. Wir bejahen, dass alle Menschen an Gottes Gnade teilhaben können, und wir werden danach streben, in christlicher Gemeinschaft zusammenzuleben. Wir flehen Familien und Gemeinden an, lesbische und schwule Mitglieder und Freunde nicht abzulehnen oder zu verurteilen. Wir verpflichten uns zum Dienst an allen Menschen und mit allen Menschen.

H) Gewalt und Missbrauch in der Familie:

Wir erkennen an, dass Gewalt und Missbrauch innerhalb der Familie in allen ihren Formen - verbal, psychologisch, körperlich, sexuell - für den Bund der menschlichen Gemeinschaft schädlich ist. Wir ermutigen die Kirche dazu, dem Opfer ein sicheres Umfeld, Beratung und Unterstützung zu bieten. Wir missbilligen die Handlungen des Missbrauchenden, bestätigen dagegen aber auch, dass diese Person Gottes erlösender Liebe bedarf.

I) Sexuelle Belästigung:

Wir glauben, dass die menschliche Sexualität Gottes gute Gabe ist. Eine Art des Missbrauchs dieser guten Gabe ist die sexuelle Belästigung. Wir definieren sexuelle Belästigung als jegliche ungewollt -verbale oder physische - sexuelle Anspielung, Annäherung oder Forderung, die von der Person, an die diese gerichtet ist, berechtigterweise als erniedrigend, einschüchternd oder als Zwang wahrgenommen wird. Sexuelle Belästigung muss nicht so sehr als ein ausschliesslich sexuelles Problem, sondern viel mehr als das Ausnutzen einer Machtbeziehung verstanden werden. Zu sexueller Belästigung gehört - allerdings nicht ausschliesslich - die Schaffung eines feindlichen oder missbräuchlichen Arbeitsverhältnisses, das sich aus einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ergibt.

Im Gegensatz zu einer fördernden Gesellschaft schafft sexuelle Belästigung ungehörige, durch Zwang gekennzeichnete und missbräuchliche Bedingungen, wo immer sie in der Gesellschaft auftaucht. Sexuelle Belästigung untergräbt das gesellschaftliche Ziel der Chancengleichheit und das Klima des gegenseitigen Respekts zwischen Männern und Frauen. Ungewollte sexuelle Annäherung ist falsch und diskriminierend. Sexuelle Belästigung beeinträchtigt die moralische Mission der Kirche.

J) Abtreibung:

Der Anfang und das Ende des Lebens sind die Gott gegebenen Grenzen der menschlichen Existenz. Während die Einzelperson zu früheren Zeiten immer zu einem gewissen Grad die Kontrolle darüber hatte, wann sie sterben würde, besitzt sie nun die erstaunliche Macht, zu bestimmen, wann und sogar ob neue Personen geboren werden. Unser Glaube an die Heiligkeit des ungeborenen Lebens lässt uns zögern, einer Abtreibung zuzustimmen. Aber wir sind gewissermassen dazu verpflichtet, die Heiligkeit des Lebens und Wohlergehens der Mutter zu respektieren, für die eine unerwünschte Schwangerschaft verheerenden Schaden zur Folge haben kann. In der Tradition der christlichen Lehre erkennen wir tragische Konflikte von Leben gegen Leben an, die eine Abtreibung rechtfertigen können, und unterstützen in solchen Fällen die legale Möglichkeit einer Abtreibung unter angemessenen medizinischen Bedingungen. Wir können Abtreibungen nicht als akzeptable Form der Familienplanung bejahen, und wir lehnen sie als Mittel der geschlechtlichen Selektion bedingungslos ab. Wir widersetzen uns dem Einsatz von Spätabtreibungen, die als Dilation und Extraktion² partial-birth abortion³ bekannt sind, und rufen nach der Beendigung dieser Praxis - es sei denn, das physische Leben der Mutter steht auf dem Spiel und kein anderes medizinisches Verfahren ist verfügbar, oder im Falle von schweren Anomalien des Fötus, die für diesen ein Leben unmöglich machen. Wir rufen alle Christen dazu auf, gründlich und unter Gebet über die Arten von äusseren Bedingungen zu forschen, die eine Abtreibung rechtfertigen könnten. Wir verpflichten unsere Kirche dazu, weiterhin denjenigen, die eine Schwangerschaft abbrechen, die eine Problemschwangerschaft haben, und denen, die gebären, fördernde Dienste anzubieten. Insbesondere ermutigen wir die Kirche, die Regierung und die sozialen Dienste dazu, die Möglichkeit der Adoption zu unterstützen und zu erleichtern. (Siehe Abs. 161.L) Die staatlichen Gesetze und Regelungen bieten nicht all die Begleitung, die das informierte christliche Gewissen fordert. Deshalb sollte eine Entscheidung hinsichtlich einer Abtreibung nur nach gründlicher, von Gebet begleiteter Prüfung durch die beteiligten Parteien getroffen werden - nach medizinischer, pastoraler und weiterer angemessener Beratung.

K) Der Dienst an denjenigen, die eine Abtreibung erlebt haben.

Wir drängen die Pastoren am Ort, dass sie sich über die Symptome und Verhaltensweisen informieren, die mit psychischen Probleme nach einer Abtreibung (post-abortion stress) zusammenhängen. Weiterhin ermutigen wir die Ortsgemeinden dazu, Informationen über Beratungsdienste zugänglich zu machen, die für alle Hilfesuchenden Programme für den Umgang mit post-abortion stress anbieten.

L) Adoption:

Kinder sind eine Gabe Gottes, die willkommen geheissen und empfangen werden soll. Wir erkennen an, dass manche Umstände einer Geburt die Erziehung eines Kindes schwierig machen. Wir bejahen und unterstützen die Kindesmutter (bzw. beide Eltern) in ihrer Entscheidung, das Kind zur Adoption freizugeben. Wir achten die Qualen, die Stärke und den Mut der Kindesmutter (bzw. der Eltern), die in Hoffnung, Liebe und Gebet sich dafür entscheiden, das Kind zur Adoption freizugeben. Darüber hinaus achten wir auch die Ängste, die Stärke und den Mut derjenigen, die sich dazu entschliessen, in Hoffnung, Liebe und Gebet für ein Kind sorgen zu können. Wir bejahen und unterstützen den Wunsch der Adoptiveltern, ein adoptiertes Kind wie ein eigenes, biologisches Kind grosszuziehen. Wenn die Umstände eine Adoption nahe legen, unterstützen wir eine rechtlich korrekte Vorgehensweise.

Wenn angemessen und möglich, fördern wir die offene Adoption, damit ein Kind alle Informationen und Menschen kennen lernen kann, die mit ihm sowohl medizinisch als auch persönlich in einer Beziehung stehen. Wir unterstützen und ermutigen zu einem grösseren Bewusstsein und mehr Bildung, um die Adoption einer grossen Vielfalt von Kindern durch die Unterbringung in Pflegefamilien, internationale Adop-

² Von der EMK nicht autorisierte Anmerkung des Redaktors: "Dilation and Extraction": Künstliche Erweiterung (Dilation) des Gebärmutterhalses unter gleichzeitiger instrumenteller Säuberung der Gebärmutter von einem auf natürliche Weise gestorbenen oder für eine Spätabtreibung getöteten Fötus, wobei der Fötus als ganzes entnommen wird. Die Frau befindet sich bei dieser Behandlung unter Narkose.

³ Von der EMK nicht autorisierte Anmerkung des Redaktors: "partial-birth abortion": Eine weitere, euphemistische Bezeichnung für die Spätabtreibung.

tion und häusliche Adoption zu fördern. Wir empfehlen die biologischen Eltern, die Adoptiveltern und das Kind der Fürsorge durch die Kirche an, damit Leid geteilt, Freuden gefeiert und das Kind in einer Gemeinschaft christlicher Liebe aufgezogen werden kann.

M) Die gewissenhafte Pflege sterbender Personen:

Zwar gratulieren wir der medizinischen Forschung zu allen Bemühungen, Krankheiten zu verhindern, und zu den Fortschritten in den Behandlungsmethoden, die das sinnvolle Dasein der Menschen ausdehnen. Wir erkennen aber auch an, dass jedes menschliche Leben letztlich mit dem Tod endet. Der Tod ist nie ein Zeichen dafür, dass Gott uns verlassen hätte, was auch immer die Umstände des Todes sein mögen. Als Christen müssen wir immer darauf vorbereitet sein, die Gabe des endlichen Lebens aufzugeben und durch den Tod und die Auferstehung Jesu Christ die Gabe des ewigen Lebens zu empfangen. Die Pflege sterbender Personen gehört zu unserer Haushalterschaft des göttlichen Geschenks des Lebens, wenn eine Heilung nicht mehr möglich ist. Wir ermutigen zum Einsatz medizinischer Technik, um am Ende des Lebens palliative Pflege zu leisten, wenn lebenserhaltende Massnahmen nicht länger die Ziele des Lebens aufrecht erhalten können und wenn diese an ihre Grenzen gekommen sind. Es gibt keine moralische oder religiöse Verpflichtung, diese einzusetzen, wenn sie eine unangemessene Belastung darstellen oder lediglich den Sterbeprozess verlängern. Sterbende Personen und deren Familien besitzen die Freiheit, eine Behandlung abzubrechen, wenn diese dem Patienten nicht länger von Nutzen ist.

Wir erkennen die quälenden persönlichen und moralischen Entscheidungen an, vor denen die Sterbenden, ihre Ärzte, ihre Familien, ihre Freunde und ihre Glaubensgemeinschaft stehen. Wir drängen darauf, dass Entscheidungen, vor denen Sterbende stehen, nach gründlichen und von Gebet begleiteten Überlegungen durch die betroffenen Parteien und mit medizinischer, pastoraler und weiterer angebrachter Beratung getroffen werden. Wir drängen weiterhin darauf, dass alle Personen mit ihren Familien, Ärzten und pastoralen Begleitpersonen ihre Wünsche bezüglich der Pflege an ihrem Lebensende besprechen und im Voraus Anweisungen hinsichtlich einer solchen Pflege geben, wenn sie ausser Stande sein werden, diese Entscheidungen selbst zu treffen. Auch wenn man Unausweichlichkeit des Todes akzeptiert, müssen die Kirche und die Gesellschaft der sterbenden Person in der harten Vorbereitungszeit auf den Tod dennoch kontinuierliche Pflege einschliesslich Schmerzlinderung, menschliche Gesellschaft und Unterstützung und geistliche Nahrung bieten. Wir fördern und unterstützen, wann immer möglich, das Konzept der Hospizpflege am Ende des Lebens. Die Pflege endet allerdings nicht mit dem Tod, sondern fährt weiter durch die Trauerzeit, während der wir für die Trauerfamilien sorgen.

N) Selbstmord:

Wir glauben, dass Selbstmord nicht die Art und Weise ist, auf die das Leben eines Menschen enden sollte. Selbstmord ist oft die Folge einer unbehandelten Depression oder von unbehandeltem Schmerz und Leid. Die Kirche steht in der Verpflichtung, darauf zu achten, dass alle Menschen in solchen Umständen, die zum Verlust des Selbstwertgefühls, zu Verzweiflung und Selbstmordgedanken und/oder zu dem Wunsch nach Selbstmord unter ärztlicher Aufsicht führen, Zugang zur nötigen pastoralen und medizinischen Versorgung und Therapie haben. Wir ermutigen die Kirche, die erforderliche Bildung anzubieten, um auf die biblischen, theologischen, gesellschaftlichen und ethischen Themen einzugehen, die mit Tod und Sterben und auch mit Selbstmord zusammenhängen. Diese Themen, die Tod und Sterben und auch Selbstmord betreffen, sollten auch Teil des Lehrplans in den theologischen Ausbildungsstätten der *United Methodist Church* sein.

Ein christlicher Standpunkt gegenüber dem Selbstmord setzt bei der Glaubenszusage an, dass nichts, auch nicht ein Selbstmord, uns von der Liebe Gottes trennen kann (Römer 8,38-39). Folglich missbilligen wir die Verurteilung von Menschen, die Selbstmord begehen, und wir betrachten das Stigma, das so oft der hinterbliebenen Familie und den Freunden anhaftet, als ungerecht. Wir ermutigen die Pastoren und Glaubensgemeinschaften dazu, in Predigt und Lehre dieses Thema anzusprechen. Wir drängen die Pastoren und Glaubensgemeinschaften, den gefährdeten Personen, den Überlebenden, deren Familien und den Familien, die ein Mitglied durch Selbstmord verloren haben, pastorale Hilfe anzubieten und darin stets danach zu trachten, das bedrückende Stigma, das einen Selbstmord umgibt, zu entfernen. Die Kirche lehnt die Hilfe zum Selbstmord und die Euthanasie ab.

162. III. Die soziale Gemeinschaft

Die Rechte und Privilegien, mit denen eine Gesellschaft diejenigen ausstattet, aus denen sie besteht, oder die sie von diesen ausschliesst sind ein Indiz für die relative Wertschätzung, die diese Gesellschaft bestimmten Personen und Personengruppen entgegenbringt. Wir bekräftigen, dass alle Personen in den

Augen Gottes den gleichen Wert besitzen. Wir arbeiten deshalb auf eine Gesellschaft hin, in der der Wert eines jeden Menschen anerkannt, erhalten und gestärkt wird. Wir unterstützen die Grundrechte aller Menschen auf gleichen Zugang zu Wohnraum, Bildung, Kommunikation, Arbeit, medizinische Versorgung, Rechtshilfe bei Klagen und Schutz des eigenen Körpers. Wir missbilligen Handlungen des Hasses oder der Gewalt gegen Personengruppen aufgrund ihrer Rasse, ihrer Ethnizität, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer wirtschaftlichen Stellung.

A) Rechte der Rassen ethnischer Personen:

Rassismus ist die Verbindung von Macht, die eine Rasse über andere herrschen lässt, und einem Wertesystem, das beinhaltet dass die herrschende Rasse von Natur aus den anderen überlegen ist. Unter Rassismus fällt sowohl persönlicher als auch institutioneller Rassismus. Persönlicher Rassismus zeigt sich in individuellen Äusserungen, Haltungen und/oder Verhaltensweisen, die die Grundannahmen eines rassistischen Wertesystems gutheissen und die den Nutzen dieses Systems aufrechterhalten. Institutioneller Rassismus besteht in der festen gesellschaftlichen Struktur, die implizit oder explizit das rassistische Wertesystem stützt. Rassismus verseucht und verstümmelt unser Wachstum in Christus, da er im Gegensatz zum Evangelium steht. Weissen Menschen werden ungerechterweise Privilegien und Vorteile zugestanden, die Nichtweissen verweigert werden. Rassismus erzeugt Rassendiskriminierung. Wir definieren Rassendiskriminierung als die ungleiche Behandlung und das Fehlen eines kompletten Zugangs zu Ressourcen und Chancen in Kirche und Gesellschaft die ihren Grund in der Rasse oder Ethnizität haben. Folglich erkennen wir Rassismus als Sünde und bejahen den Wert aller Menschen in Zeit und Ewigkeit. Wir freuen uns an den Gaben, die bestimmte ethnische Historien und Kulturen in unser gesamtes Leben einbringen. Wir begrüssen und unterstützen das Selbstbewusstsein aller ethnischen Gruppen und unterdrückten Menschen, das sie dazu bringt, ihre gerechten und gleichen Rechte als Mitglieder der Gesellschaft einzufordern. Wir bestehen auf der Verpflichtung der Gesellschaft und der Gruppen innerhalb der Gesellschaft, kompensatorische Massnahmen einzurichten, die im System verankerten Mechanismen beseitigen, in denen verschiedene Rassen und Ethnien seit langer Zeit ihrer gesellschaftlichen Rechte beraubt werden. Weiterhin bejahen wir das Recht der Mitglieder ethnischer Gruppen auf Chancengleichheit in der Arbeitswelt und auch bei Beförderungen, auf Bildung und Ausbildung auf höchstem Niveau; auf Nichtdiskriminierung im Wahlrecht; auf Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und auf den Erwerb oder das Mieten von Wohnraum; auf Kredite, finanzielle Vorschüsse, Startkapital für Unternehmen und Versicherungspolice; und auf Führungs- und Machtpositionen in allen Aspekten unseres gemeinsamen Lebens. Wir unterstützen Aktionen gegen die Diskriminierung von Minderheitengruppen ("affirmative action"⁴) als eine Methode, die Ungleichheiten und diskriminierenden Praktiken innerhalb unserer Kirche und Gesellschaft zu beheben.

B) Rechte religiöser Minderheiten:

Verfolgung aus religiösen Gründen ist in der Geschichte der Zivilisation fast an der Tagesordnung gewesen. Wir drängen auf eine Politik und Praxis, die die Rechte jeder Religionsgruppe sichert, ihren Glauben frei von gesetzlichen, politischen oder wirtschaftlichen Schranken auszuüben. Wir verurteilen jede offene oder verdeckte Form religiöser Intoleranz, wobei wir besonders darauf achten, welchen Ausdruck sie in den stereotypen Präsentationen der Medien finden. Wir bejahen das Recht aller Religionen und deren Anhänger auf Freiheit von gesetzlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Diskrimination.

C) Rechte von Kindern:

Kinder galten einst als Besitz ihrer Eltern, gelten heute aber als vollwertige Menschen mit eigenen Rechten, allerdings solchen Menschen, denen gegenüber die Erwachsenen und die Gesellschaft im Allgemeinen besondere Verpflichtungen haben. Folglich unterstützen wir die Entwicklung von Schulsystemen und innovativen Erziehungsmethoden, die darauf zielen, jedem Kind zu helfen, seine voll-ständige Erfüllung als wertvolles Individuum zu finden. Alle Kinder haben das Recht auf qualitativ hochstehende Bildung, einschliesslich einer umfassenden Sexualerziehung gemäss ihrem Entwicklungsstand, die in der Lehre die besten Techniken und Erkenntnisse einsetzt. Christliche Eltern und Erziehungsberechtigte und die Kirche tragen die Verantwortung dafür, sicherzustellen, dass Kinder eine Sexualerziehung erhalten, die der christlichen Moral entspricht, d.h. dass z.B. die eheliche Treue und die Abstinenz unverheirateter Menschen gelehrt werden. Darüber hinaus haben Kinder genauso wie Erwachsene das Recht auf Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Gesundheitsversorgung und emotionales Wohlbefinden, und wir bejahen diese Rechte als die ihren, ungeachtet der Aktivitäten oder Inaktivitäten ihrer Eltern oder Erziehungsberechtigten.

⁴ Affirmative action: in den USA ein stehender Begriff

tigten. Insbesondere müssen Kinder vor wirtschaftlicher, körperlicher, emotionaler und sexueller Ausbeutung und Missbrauch geschützt werden.

D) Rechte Jugendlicher:

Unsere Gesellschaft wird charakterisiert durch einen grossen Anteil Jugendlicher, die häufig Schwierigkeiten haben, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Deshalb drängen wir auf die Entwicklung von Massnahmen, die die Miteinbeziehung Jugendlicher in Entscheidungsprozesse fördern und die Diskrimination und Ausbeutung beseitigen. Kreative und angemessene Beschäftigung sollte für Jugendliche gesetzlich und gesellschaftlich verfügbar sein.

E) Rechte alter Menschen:

In einer Gesellschaft die den Hauptschwerpunkt auf die Jugend legt, sind diejenigen, die alt an Jahren sind, häufig vom Zentrum der gesellschaftlichen Existenz ausgeschlossen. Wir unterstützen soziale Massnahmen, die die Alternden in das Leben der Gesamtgesellschaft integrieren, wozu gehören: ausreichendes Einkommen, verbesserte und nichtdiskriminierende Beschäftigungsmöglichkeiten, Möglichkeiten der Bildung und⁵ Dienstleistungen, angemessene medizinische Versorgung und Unterkunft innerhalb bestehender Gemeinschaften. Wir drängen auf soziale Massnahmen und Programme, mit einem Schwerpunkt auf die besonderen Belange alter Frauen und ethnischen Personen, die den Alternden den Respekt und die Würde zusichern, die ihr gutes Recht als die altherwürdigen Mitglieder der menschlichen Gesellschaft sind. Darüber hinaus drängen wir darauf, dass die Arbeitgeber verstärkt auf angemessene Rentensysteme achten, einschliesslich einer Vorsorge für den hinterbliebenen Ehepartner.

F) Rechte der Frauen:

Wir bejahen, dass Frauen und Männer in jedem Aspekt des gesellschaftlichen Lebens gleich sind. Deshalb drängen wir darauf, dass jede mögliche Anstrengung unternommen werden soll, in den Aktivitäten und der Darstellung des Familienlebens und in allen Aspekten ehrenamtlicher und ausgleichender Betätigung in Kirche und Gesellschaft stereotype Geschlechterrollen zu beseitigen. Wir bejahen das Recht der Frauen auf Gleichbehandlung in der Arbeitswelt, Verantwortung, Aufstiegschancen und Kompensation. Wir bejahen die Wichtigkeit der Frauen in verantwortlichen Positionen auf allen Ebenen der Kirche und Gesellschaft und drängen solche Organisationen, dass sie durch ihre Beschäftigungspolitik und die Art und Weise der Stellenausschreibungen deren Gegenwart garantieren. Wir unterstützen Aktionen gegen die Diskriminierung von Minderheitengruppen⁶ als eine Methode, die Ungleichheiten und diskriminierenden Praktiken innerhalb unserer Kirche und Gesellschaft anzugehen. Wir drängen die Arbeitgeber von Personen aus Doppelverdienerhaushalten, sei es in der Kirche oder in der Gesellschaft, bei der Entscheidung über eine örtliche Versetzung beiden Beteiligten die nötige Beachtung zu schenken. Wir bejahen das Recht der Frauen, frei von Gewalt und Missbrauch zu leben, und drängen die Regierungen, Massnahmen durchzusetzen, die Frauen vor allen Formen der Gewalt und Diskrimination in allen Bereichen der Gesellschaft schützen.

G) Rechte Behinderter:

Wir erkennen und bejahen das volle Menschsein und Personhaftigkeit aller Menschen mit mentalen, körperlichen, entwicklungsbedingten, neurologischen und psychologischen Störungen oder Behinderungen als volle Mitglieder der Familie Gottes. Ebenso bejahen wir ihren rechtmässigen Platz sowohl in der Kirche als auch in der Gesellschaft. Wir bejahen die Verantwortung der Kirche und der Gesellschaft, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit mentalen, körperlichen, entwicklungsbedingten und/oder psychologischen und neurologischen Störungen oder Behinderungen zu dienen, deren bestimmte Bedürfnisse in den Bereichen der Mobilität, der Kommunikation, der intellektuellen Fähigkeiten oder der persönlichen Beziehungen ihre Beteiligung oder die ihrer Familien am Leben der Kirche und der Gesellschaft zu einer grösseren Herausforderung machen. Wir drängen die Kirche und die Gesellschaft, die Gaben von Behinderten zu erkennen und anzunehmen, um es ihnen zu ermöglichen, vollständig am Leben der Glaubensgemeinschaft teilzunehmen. Wir rufen die Kirche und die Gesellschaft dazu auf, auf Rehabilitationsmassnahmen, Dienstleistungen, Beschäftigung, Bildung, angemessene Unterkunft und Mobilität zu achten und dafür Fürsprache zu leisten. Wir rufen die Kirche und die Gesellschaft dazu auf, die Rechte von Personen mit Behinderungen aller Art zu schützen.

⁵ Das US-amerikanische Rentensystem unterscheidet sich hier grundlegend vom europäischen

⁶ Siehe Fussnote 4

H) Gleiche Rechte ungeachtet der sexuellen Orientierung:

Gewisse Grundrechte und Freiheiten des Menschen gelten allen Menschen. Wir sind der Stärkung dieser Rechte und Freiheiten für Homosexuelle verpflichtet. Wir sehen darin einen klaren Fall simpler Gerechtigkeit, dass wir ihre berechtigten Ansprüche schützen, wo sie materielle Ressourcen, Renten, Erzieherrollen, gegenseitige Vollmachtsurkunden und weitere solche gesetzlichen Ansprüche gemeinsam nutzen, die typischerweise mit vertraglichen Beziehungen verbunden sind, zu denen gemeinsame Beiträge, Verantwortlichkeiten und Verbindlichkeiten und gleicher Schutz vor dem Gesetz gehören. Darüber hinaus unterstützen wir Bemühungen, Gewalt und andere Formen der Nötigung gegenüber Schwulen und Lesben zu stoppen. Wir verpflichten uns auch zu einem gesellschaftlichen Zeugnis gegen die Nötigung und Marginalisierung ehemaliger Homosexueller.

I) Bevölkerungswachstum:

Zumal die wachsende Weltbevölkerung die weltweiten Vorräte an Nahrung, Bodenschätzen und Wasser zunehmend belastet und internationale Spannungen verschärft, sind die Reduzierung der Verbrauchsrate von Ressourcen durch die Reichen und die Verminderung der gegenwärtigen Wachstumszahlen der Weltbevölkerung unumgänglich geworden. Menschen sind verpflichtet, die Auswirkungen ihrer Entscheidungen, Kinder in die Welt zu setzen, auf die Gesamtbevölkerung der Welt zu beachten, und sollten Zugang zu Informationen und angemessenen Mitteln (einschliesslich der freiwilligen Sterilisation) haben, um ihre Fruchtbarkeit einzuschränken. Wir bejahen, dass Massnahmen für eine stabile Bevölkerungszahl in den Kontext der gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gestellt werden sollten, wozu gehören: eine gerechte Verteilung und Verwendung von Ressourcen; eine Verbesserung der Stellung der Frau in allen Kulturen; ein humanes Niveau der wirtschaftlichen Sicherheit, Gesundheitsversorgung und Alphabetisierung aller Menschen. Wir widersetzen uns jeder Politik der erzwungenen Abtreibung oder Sterilisation.

J) Alkohol und andere Drogen:

Wir bejahen unsere vor langer Zeit eingeführte Unterstützung der Abstinenz von Alkohol als treues Zeugnis für Gottes befreiende und erlösende Liebe zu allen Menschen. Wir unterstützen die Abstinenz vom Konsum aller illegalen Drogen. Zumal der Konsum illegaler Drogen, wie auch der illegale und problematische Alkoholkonsum, in Verbrechen, Krankheit, Tod und der Zerrüttung von Familien eine Hauptrolle spielt, unterstützen wir Bildungsmassnahmen und auch andere Präventionsstrategien zur Förderung der Abstinenz vom Konsum illegaler Drogen und, im Blick auf Personen, die alkoholische Getränke konsumieren, des vernünftigen Umgangs damit, mit bewusster und absichtlicher Zurückhaltung und mit der Bibel als Leitfaden. Millionen lebender Menschen sind Zeugnis für die positiven Folgen des therapeutischen Drogenkonsums⁷, während Millionen anderer Menschen Zeugnis sind für die zerstörerischen Folgen des Drogenmissbrauchs. Wir ermutigen zu einer weisen Vorgehensweise in Bezug auf die Verfügbarkeit von potentiell der Gesundheit förderlichen oder von potentiell schädlichen rezeptpflichtigen und nicht rezeptpflichtigen Drogen/Medikamenten; wir drängen darauf, dass sowohl Ärzten als auch Patienten vollständige Informationen über ihren Gebrauch und Missbrauch stets in Reichweite sein sollen. Wir unterstützen die strengen gesetzlichen Vorschriften, die den Verkauf und die Verbreitung von Alkohol und kontrolliert abzugebenden Sunstanzen regulieren. Wir unterstützen Vorschriften, die die Gesellschaft vor Konsumenten von Drogen aller Art (einschliesslich Alkohol) schützen, wenn bewiesen werden kann, dass hier eine deutliche und gegenwärtig vorhandene Gefahr für die Gesellschaft besteht. Drogenabhängige Personen und deren Familienmitglieder, einschliesslich derer, die als alkoholabhängig eingeschätzt oder diagnostiziert worden sind, sind Personen von unendlichem menschlichen Wert die Behandlung, Rehabilitation und dauerhafte lebensverändernde Wiederherstellung verdienen. Falscher Gebrauch oder Missbrauch können auch eine Intervention nötig machen, um einem Fortschreiten in die Abhängigkeit vorzubeugen. Aufgrund der häufigen engen Beziehungen zwischen Alkoholmissbrauch und geistiger Krankheit rufen wir die Gesetzgeber und Verantwortlichen im Gesundheitswesen dazu auf, Drogenabhängigen eine angemessene Behandlung der geistigen Krankheiten und eine Rehabilitation möglich zu machen. Wir verpflichten uns dazu, Menschen, die unter Missbrauch oder Abhängigkeit leiden, und deren Familien Hilfe zu leisten, indem sie durch Jesus Christus Freiheit finden und indem sie gute Möglichkeiten für eine Behandlung, für langfristige Beratung und für die Reintegration in die Gesellschaft finden.

⁷ Das amerikanische Wort drugs bezeichnet sowohl Drogen als auch Medikamente

K) Tabak:

Wir bejahen unsere historisch gewachsene Tradition der hohen Ansprüche an die persönliche Disziplin und gesellschaftliche Verantwortung. Im Licht der erdrückenden Beweislast, dass das Rauchen und der anderweitige Genuss von Tabak unabhängig vom Alter eine Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellt, empfehlen wir die totale Abstinenz vom Tabakgenuss. Wir drängen darauf, dass unsere Bildungs- und Kommunikationsressourcen dazu eingesetzt werden, eine solche Abstinenz zu unterstützen und zu fördern. Darüber hinaus erkennen wir die schädliche Wirkung des Passivrauchens an und unterstützen die Rauchverbote in öffentlichen Gebäuden und am Arbeitsplatz.

L) Medizinische Experimente:

Die körperliche und geistige Gesundheit ist durch die Entdeckungen in der medizinischen Wissenschaft enorm gefördert worden. Dennoch ist es unumgänglich, dass die Regierungen und die Medizin sorgfältig die Anforderungen der gegenwärtigen Normen für die medizinische Forschung anzuwenden und strenge Kontrollen beim Testen neuer Techniken und Medikamente einhalten, wenn dazu Menschen eingesetzt werden. Die Norm erfordert, dass in der Forschung nur dann Menschen als Forschungsobjekte eingesetzt werden dürfen, wenn deren vollständige, vernünftige und nicht erzwungene Einwilligung vorliegt

M) Gentechnik:

Die Verantwortung der Menschheit Gottes Schöpfung gegenüber fordert uns dazu heraus, sorgfältig mit den Möglichkeiten der Genforschung und -technik umzugehen. Wir begrüßen die Verwendung der Gentechnik in der Lösung grundlegender menschlicher Bedürfnisse wie Gesundheit, eine sichere Umwelt und eine angemessene Nahrungsversorgung. Wir widersetzen uns dem Klonen von Menschen und der genetischen Manipulation des Geschlechts eines ungeborenen Kindes.

Aufgrund der Auswirkungen der Gentechnik auf das gesamte Leben rufen wir nach wirksamen Richtlinien und öffentlicher Verantwortlichkeit um uns gegen jede Handlung abzusichern, die zum Missbrauch dieser Technologien - auch für politische oder militärische Zwecke - führen könnte. Wir erkennen, dass der vorsichtige, mit guten Absichten durchgeführte Einsatz der Gentechnik bisweilen unerwartete schädliche Folgen haben kann.

Eine Gentherapie am Menschen, die Veränderungen bewirkt, die nicht an die Nachkommen weitergegeben werden können (somatische Therapie), sollte auf die Linderung der durch Krankheit verursachten Leiden begrenzt werden. Eine Gentherapie zu eugenischen Zwecken oder eine solche, die Embryonen als 'Abfall' produziert, ist abzulehnen. Das Genmaterial einzelner Personen und deren Familien soll streng geheim und vertraulich aufbewahrt werden, es sei denn, die Person oder deren Familie verzichtet auf die Geheimhaltung, oder das Sammeln und die Verwendung genetischen Materials zur Identifikation wird durch eine entsprechende Rechtsprechung gestützt. Da die langfristigen Auswirkungen noch nicht gesichert sind, verneinen wir eine Gentherapie, die Veränderungen bewirkt, die an die Nachkommen weitergegeben werden können (germ-line therapy).

N) Leben auf dem Land:

Wir unterstützen das Recht von Personen und Familien, als Bauern, Landarbeiter, Kaufleute, Angestellte u. a. ausserhalb der Städte und Ballungsräume zu wohnen und zu gedeihen. Wir glauben, dass unsere Kultur verarmt und unsere Menschen eines sinnvollen Lebensstils beraubt werden, wenn das Leben auf dem Land und in Kleinstädten schwierig oder gar unmöglich wird. Wir erkennen, dass die Verbesserung dieses Lebensstils manchmal die Verwendung von Agrarland für nichtlandwirtschaftliche Zwecke erforderlich macht. Wir widersetzen uns der unterschiedslosen Umwandlung von Agrarland, wenn gleichzeitig auch nicht landwirtschaftlich genutztes Gelände zur Verfügung steht. Darüber hinaus fördern wir die Erhaltung geeigneter Flächen für Landwirtschaft und Parkanlagen durch durchdachte raumplanerische Massnahmen. Wir unterstützen staatliche und private Massnahmen, die eher auf den Nutzen des lokalen Bauern als den einer landwirtschaftlichen Grossproduktion ausgerichtet sind, und Massnahmen, die die Industrie dazu anreizen, sich in nichturbanen Gegenden anzusiedeln.

Darüber hinaus erkennen wir, dass verstärkte Mobilität und Technik eine Mischung aus Menschen, Religionen und Philosophien in einst homogene ländliche Gemeinschaften gebracht haben. Während dies oft als eine Gefährdung oder als ein Verlust des gemeinschaftlichen Lebens angesehen wird, begreifen wir es als eine Gelegenheit, den biblischen Ruf nach Gemeinschaft für alle Menschen hochzuhalten. Darum ermutigen wir ländliche Gemeinschaften und Einzelpersonen dazu, eine starke Verbindung zur Erde auch zu erhalten und offen zu sein für: die Stärkung des gegenseitigen Zugehörigkeitsgefühls, Fürsorge, Heilung und Wachstum; das Teilen und Feiern von kooperativer Leitung und unterschiedlichen Gaben; die

Förderung gegenseitigem Vertrauens; und die Bestätigung einzelner Personen als einzigartige, wertvolle Menschen, und damit die Praktizierung des *shalom*.

O) Nachhaltige Landwirtschaft:

Eine Grundvoraussetzung für die Deckung des Nahrungsmittelbedarfs der Weltbevölkerung ist ein landwirtschaftliches System, das nachhaltige Methoden einsetzt, Ökosysteme respektiert und für die Menschen, die das Land bearbeiten, eine Lebensgrundlage bietet.

Wir unterstützen ein nachhaltiges landwirtschaftliches System, das die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens erhält und unterstützt, das die Vielfalt von Flora und Fauna fördert und das sich regionalen Bedingungen und Strukturen anpasst - ein System, in dem Nutztiere human behandelt werden und wo deren Lebensbedingungen den natürlichen Systemen so ähnlich wie möglich sind. Wir streben nach einem effektiven landwirtschaftlichen System, in dem die Produktion von Pflanzen, Nutztieren und Geflügel die natürlichen ökologischen Zyklen aufrecht erhält, Energie spart und das Zufügen von chemischen Stoffen auf ein Minimum beschränkt.

Eine nachhaltige Landwirtschaft erfordert eine globale Beurteilung der Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Produktion von Nahrungsmitteln und Rohmaterialien, die Erhaltung von tierischen Rassen und Pflanzenunterarten, und die Erhaltung und Entwicklung der kultivierten Landschaft.

Der Welthandel mit landwirtschaftlichen Produkten muss auf fairem Handel und fairen Preisen basieren, auf der Basis der Kosten nachhaltiger Produktionsmethoden, und muss die realen Kosten des ökologischen Schadens mit einbeziehen. Die erforderlichen technischen und biologischen Entwicklungen sind diejenigen, die Nachhaltigkeit unterstützen und die ökologischen Folgen mit berücksichtigen.

P) Urbanes - suburbanes Leben:

Das urbane/suburbane Leben ist für immer mehr Menschen zu einem vorherrschenden Lebensstil geworden. Für viele bietet dieser wirtschaftliche, schulische, gesellschaftliche und kulturelle Chancen. Für andere bringt er Entfremdung, Armut und Entpersonalisierung. Wir in der Kirche haben die Chance und die Verantwortung, die Zukunft des urbanen/suburbanen Lebens mitzugestalten. Massive Massnahmen der Erneuerung und Sozialplanung sind nötig, um ein grösseres Mass an Humanisierung in den urbanen/suburbanen Lebensstil zu bringen. Christen müssen alte Massnahmen einschliesslich der wirtschaftlichen und kommunalen Entwicklung, der Planung neuer Städte und der Stadterneuerung daran beurteilen, in welchem Mass sie menschliche Werte schützen und fördern, persönliches und politisches Engagement gestatten und ein nachbarschaftliches Miteinander ermöglichen, das Menschen aller Rassen, jedes Alters und jedes Einkommensstandes offen steht. Wir bejahen die Bemühungen aller Städteplaner, die menschliche Werte ins Zentrum Ihrer Planungen stellen. Wir müssen dabei helfen, die urbane/suburbane Entwicklung so zu gestalten, dass sie dem menschlichen Bedürfnis nach Identifikation und Sinnfindung in kleineren sozialen Gemeinschaften Sorge trägt. Gleichzeitig müssen solche kleineren Gemeinschaften dazu ermutigt werden, in der urbanen/suburbanen Gesamtgemeinschaft Verantwortung zu übernehmen, anstatt sich davon zu isolieren.

Q) Gewalt in den Medien und christliche Werte:

Der beispiellose Einfluss, den die Medien (insbesondere Film und Fernsehen) auf christliche und menschliche Werte innerhalb unserer Gesellschaft haben, wird mit jedem Tag deutlicher. Wir drücken unsere Abscheu aus gegenüber der gegenwärtigen übermässigen Beschäftigung der Medien mit entwürdigenden Darstellungen des Menschen, die durch "Unterhaltungssendungen" und "Nachrichten" der Massenmedien sensationalisiert werden. Diese Praxis entwürdigt die Menschheit und verletzt die Lehren Christi und der Bibel.

Gemeinsam mit den Vertretern anderer Glaubensrichtungen muss auch den *United Methodists* bewusst werden, dass die Massenmedien oft die Wahrheiten des Christentums untergraben, indem sie einen permissiven Lebensstil anpreisen und Gewaltakte detailliert und anschaulich darstellen. Anstatt ihr Publikum dazu zu ermutigen, zu motivieren und zu inspirieren, einen Lebensstil zu übernehmen, der auf der Heiligkeit allen Lebens gründet, spricht die Unterhaltungsindustrie sich oft für das Gegenteil aus, indem sie ein zynisches Bild von Gewalt, Missbrauch, Gier und Gottlosigkeit und eine ständige Verunglimpfung der Familie vermitteln. Die Medien müssen für die Rolle zur Verantwortung gezogen werden, die sie in der Entwertung der Werte spielen, die wir in der heutigen Gesellschaft beobachten. Viele Menschen, die in der Medienbranche arbeiten, umgehen dieses Thema, indem sie sagen, dass sie die Gesellschaft eher reflektieren, als dass sie sie beeinflussen. Um unserer menschlichen Familie willen müssen Christen

durch folgende Aktionen zusammenarbeiten, um dieser Erosion moralischer und ethischer Werte in der Weltgemeinschaft Einhalt zu gebieten:

- 1) durch die Ermutigung der Ortsgemeinden, die elterliche Verantwortung zu unterstützen und dazu zu ermutigen, die Seh- und Hörgewohnheiten ihrer Kinder bezüglich Fernsehen, Kino, Radio und Internet zu überwachen,
- 2) durch die Ermutigung der Ortsgemeinden, der Eltern und einzelner Personen, ihren Widerstand gegen die unverlangte Darstellung von Gewalt und sexuellen Inhalten auszudrücken, indem sie an die Medienanstalten, die sie senden, und die Unternehmen schreiben, die diese unterstützen,
- 3) durch die Ermutigung von Einzelpersonen, ihren Widerstand gegen die Sponsorfirmen dadurch Ausdruck zu verleihen, dass sie vergleichbare Produkte von anderen Firmen auswählen und kaufen.

R) Informations- und Kommunikationstechnik

Weil die effektive persönliche Kommunikation ein Schlüssel dazu ist, ein verantwortliches und fähiges Mitglied der Gesellschaft zu sein, und aufgrund der Macht, die Informations- und Kommunikationstechnik besitzt, die Gesellschaft zu gestalten und einzelne Personen dazu zu befähigen, umfassender daran teilzunehmen, glauben wir, dass der Zugang zu dieser Technik ein Grundrecht ist.

Informations- und Kommunikationstechnik versorgt uns mit Information, Unterhaltung und einer Stimme in der Gesellschaft. Diese können dazu verwendet werden, unsere Lebensqualität zu verbessern, und verleihen uns ein Mittel, um miteinander, mit unserer Regierung und Menschen und Kulturen auf der ganzen Welt zu interagieren. Die meiste Information über Ereignisse auf der Welt erreicht uns über Antenne, Kabel, Printmedien und das Internet. Die Konzentration der Aufsicht über die Medien auf grosse kommerzielle Interessengruppen engt unsere Auswahl ein und bietet oft ein verzerrtes Bild menschlicher Werte. Deshalb unterstützen wir die Regulierung der Medien- und Kommunikationstechnik, um eine Vielfalt an unabhängigen Informationsquellen zu sichern und damit für das öffentliche Wohl zu sorgen. Persönliche Kommunikationstechnik wie z.B. das Internet erlaubt es Menschen, miteinander zu kommunizieren und zu riesigen Informationsquellen Zugang zu haben, die von kommerziellem, kulturellem, politischem und persönlichem Wert sind. Das Internet kann wohl dazu eingesetzt werden, um Kinder und Erwachsene für Geist und Seele Nahrung zu geben, es steht aber auch in der Gefahr, von kommerziellen Interessen überlaufen zu werden, und wird von manchen Menschen dazu benutzt unerlaubtes und illegales Material zu veröffentlichen. Deshalb muss das Internet in verantwortlicher Weise gehandhabt werden, um seinen Nutzen zu maximieren, während seine Risiken, besonders für Kinder, minimiert werden müssen. Die Zugangsverweigerung zu der grundlegenden Informations- und Kommunikationstechnik wie das Internet aus Kostengründen oder mangelnder Verfügbarkeit beschneidet die Menschen in der heutigen Welt in ihren Möglichkeiten, an Staat und Gesellschaft teilzuhaben. Wir unterstützen das Ziel eines weltweiten Zugangs zu Telefon- und Internetdiensten zu einem erschwinglichen Preis.

S) Menschen mit HIV und AIDS:

Menschen, die HIV-positiv getestet sind oder bei denen AIDS diagnostiziert wurde, erfahren oft Ablehnung bei Familie und Freunden und unterschiedlichen Gruppen, innerhalb derer sie arbeiten und interagieren. Darüber hinaus erleben sie oft einen Mangel an angemessener Gesundheitsversorgung, insbesondere gegen Ende ihres Lebens. Alle Menschen, die mit HIV und AIDS leben, sollen mit Würde und Respekt behandelt werden. Wir bejahen die Verantwortung der Kirche, diesen Menschen und ihren Familien zu dienen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, ungeachtet der Frage, wie sie sich die Krankheit zugezogen haben. Wir unterstützen ihre Rechte auf Arbeit, angemessene medizinische Versorgung, volle Teilnahme an staatlicher Bildung und volle Teilnahme am Gemeindeleben.

Wir drängen die Kirche, sich durch Bildungsangebote für die Gemeinde und die soziale Umgebung aktiv an der AIDS-Prävention zu beteiligen. Die Kirche sollte für Beratung und Seelsorge an den Betroffenen und deren Familien zur Verfügung stehen.

T) Recht auf Gesundheitsversorgung:

Gesundheit ist ein Zustand des körperlichen, geistigen, sozialen und geistlichen Wohlergehens, und wir betrachten diesen als eine sowohl öffentliche als auch private Verantwortung. Gesundheitsversorgung ist ein menschliches Grundrecht. Psalm 146 spricht von dem Gott, "der Recht schafft denen, die Gewalt leiden, der die Hungrigen speiset. Der Herr macht die Gefangenen frei. Der Herr macht die Blinden sehend." Das Recht auf Gesundheitsversorgung schliesst auch die Fürsorge für Menschen mit ein, die an Hirnkrankheiten, neurologischen Störungen oder körperlichen Behinderungen leiden und denen derselbe Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglicht werden muss wie allen anderen Menschen in unserem so-

zialen Umfeld. Es ist ungerecht, Hindernisse zum körperlichen oder geistigen Wohlbefinden oder zur vollen Teilnahme an der Gesellschaft aufzubauen oder aufrechtzuerhalten.

Wir ermutigen den Einzelnen zu einem gesunden Lebensstil und bejahen die Wichtigkeit der präventiven Gesundheitsversorgung, der Gesundheitserziehung, der Sicherheit in der Umwelt und am Arbeitsplatz, einer guten Ernährung und eines sicheren, erschwinglichen Wohnraums für den Erhalt einer guten Gesundheit. Wir erkennen auch die Rolle des Staats an in der Sicherung des Zugangs jedes Menschen zu den Stoffen, die für eine gute Gesundheit notwendig sind. Länder, die vor einer allgemeinen Gesundheitskrise, z.B. HIV/AIDS, stehen, müssen Zugang zu genetischen und patentierten Medikamenten haben, ohne gegen die Patent- bzw. Lizenzrechte eines pharmazeutischen Unternehmens zu verstossen. Wir bejahen das Recht aller Männer und Frauen auf Zugang zu umfassenden Informationen bezüglich Fortpflanzung und Familienplanung und auf Angebote, die als Hilfsmittel dienen, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern, Abtreibungen zu reduzieren und die Ausbreitung von HIV/AIDS zu verhindern.

U) Organtransplantation und Organspende:

Wir glauben, dass Organtransplantationen und Organspenden Akte der Nächstenliebe, der helfenden Liebe und der Selbstaufopferung sind. Wir erkennen den lebensspendenden Nutzen von Organ- und anderen Gewebespenden an und ermutigen alle gläubigen Menschen dazu, als Teil ihrer Liebe und Fürsorge für Bedürftige Organspender zu werden. Wir drängen darauf, dass dies in einer Umgebung des Respekts gegenüber verstorbenen und lebenden Spendern und zum Nutzen der Empfänger geschieht und dass es festen Regeln folgt, die den Missbrauch durch Spender und deren Familien sorgfältig verhindern.

163. IV. Die wirtschaftliche Gemeinschaft

Wir gehen davon aus, dass alle wirtschaftlichen Systeme, nicht anders als andere Facetten der Schöpfungsordnung, unter Gottes Gericht stehen. Deshalb erkennen wir die Verantwortung der Regierungen an, eine gesunde Finanz- und Geldpolitik zu entwickeln und durchzuführen, die für das wirtschaftliche Leben von Einzelpersonen und von Firmen sorgt, und die Vollbeschäftigung und ein angemessenes Einkommen mit einem Minimum an Inflation sichert. Wir glauben, dass private und staatliche Wirtschaftsunternehmen für die sozialen Kosten der Wirtschaft, wie z.B. Beschäftigung und Umweltverschmutzung, verantwortlich sind und dass sie für diese Kosten zur Verantwortung gezogen werden sollen. Wir unterstützen Massnahmen, die die Konzentration des Reichtums in den Händen weniger Menschen vermindern. Darüber hinaus unterstützen wir Bemühungen, Steuerstrukturen zu überprüfen und staatliche Unterstützungsmassnahmen zu beseitigen, die zur Zeit auf Kosten anderer Menschen die Reichen begünstigen.

A) Eigentum:

Wir glauben, dass der private Besitz von Eigentum eine Treuhänderschaft unter Gott darstellt, sowohl in den Gesellschaftsordnungen, wo dazu ermutigt wird, als auch in denen, in denen er unerwünscht ist, aber durch die vorrangigen Bedürfnisse der Gesellschaft begrenzt wird. Wir glauben, dass der christliche Glaube jeder Person oder Personengruppe die ausschliessliche und willkürliche Kontrolle über irgendeinen anderen Teil des geschaffenen Universums verweigert. Der gesellschaftlich und kulturell vorgegebene Besitz von Eigentum ist folglich als eine Verantwortung Gott gegenüber zu betrachten. Wir glauben deshalb, dass die Regierungen die Verantwortung tragen, in ihrem Streben nach Gerechtigkeit und Ordnung unter dem Gesetz für Regelungen zu sorgen, die die Rechte der Gesellschaft als Ganzes wie auch die der Privateigentümer schützen.

B) Tarifverhandlungen:

Wir unterstützen das Recht der Arbeitnehmenden in staatlichen und privaten Einrichtungen (einschliesslich solchen in der Landwirtschaft, in der Regierung, in Institutionen und in Privathaushalten) und deren Arbeitgeber, sich zwecks Tarifverhandlungen in Gewerkschaften und anderen Gruppen ihrer Wahl zu organisieren. Darüber hinaus unterstützen wir das Recht beider Parteien, dabei geschätzt zu sein, und ihre Verantwortung, in gutem Glauben innerhalb des Rahmens des öffentlichen Interesses zu verhandeln. Damit die Rechte aller Mitglieder der Gesellschaft erhalten und gefördert werden, unterstützen wir einen Ablauf der Tarifverhandlungen, der Repräsentanten des öffentlichen Interesses an den Verhandlungen und dem Abschluss von Tarifverträgen beteiligt und der auch Formen der gerichtlichen Lösung vorsieht. Wir lehnen den Einsatz von Gewalt während Tarifverhandlungen oder jeglichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bei beiden Parteien ab. Gleichermassen lehnen wir die permanente Entlassung von Arbeitern ab, die sich an einem rechtmässigen Streik beteiligt haben.

C) Arbeit und Freizeit:

Jede Person hat das Recht auf Arbeit zu einem Lohn, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten kann. Da, wo der private Sektor nicht Arbeit für alle Menschen bietet/bieten kann, die Arbeit suchen und brauchen, liegt die Verantwortung bei der Regierung, für die Schaffung solcher Arbeitsplätze zu sorgen. Wir unterstützen soziale Massnahmen, die die körperliche und geistige Sicherheit von Arbeitnehmern sichern, die für die gerechte Verteilung von Produkten und Dienstleistungen sorgen und die zu wachsender Freiheit in der Art und Weise ermutigen, wie Einzelne ihre Freizeit verbringen. Wir erkennen die Möglichkeiten an, die die Freizeit für kreative Beiträge zur Gesellschaft bietet und wir fördern Methoden, die Arbeitnehmern zusätzliche Zeit zur freien Verfügung erlaubt. Wir unterstützen Betätigungsfelder in Bildung, Kultur und Entspannung, die die sinnvolle Verwendung dieser Zeit fördern. Wir glauben, dass der Mensch Vorrang vor dem Profit hat. Wir missbilligen den selbstsüchtigen Geist, der oft unser wirtschaftliches Leben durchdringt. Wir unterstützen Massnahmen, die den Austausch von Gedanken am Arbeitsplatz und eine kooperative und kollektive Arbeitsorganisation fördern. Wir unterstützen die Rechte von Arbeitnehmern auf die Weigerung, in einer Umgebung zu arbeiten, die ihre Gesundheit und/oder ihr Leben gefährdet, ohne dass sie dadurch ihre Anstellung riskieren. Wir unterstützen Massnahmen, die die steigende Tendenz der Konzentration der Wirtschaft und Industrie in Monopolen umkehren.

D) Konsum:

Verbraucher sollten ihre Wirtschaftskraft dahingehend nutzen, die Herstellung von Gütern zu fördern, die für die Menschheit notwendig und nützlich sind, während sie die Entweihung der Umwelt in Herstellung und Verbrauch meiden sollten. Verbraucher sollten den Kauf von Produkten meiden, die in einer Situation hergestellt wurden, wo Arbeiter aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts oder ihrer wirtschaftlichen Stellung ausgebeutet werden.

Und während die begrenzten Möglichkeiten, die Verbrauchern offen stehen, dies ausserordentlich schwer machen, ist dennoch der Kauf von Produkten mit dem *Fair-Trade*-Siegel ein sicherer Weg, auf dem Verbraucher ihre Kaufkraft einsetzen können, um einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Die internationalen Normen des *Fair-Trade* gründen auf der Sicherung von ausreichenden Löhnen für Kleinbauern und deren Familien, auf der Arbeit mit demokratisch organisierten landwirtschaftlichen Kooperativen, auf dem Verzicht auf Zwischenhändler, damit der Nutzen und Profit aus dem Handel tatsächlich die Bauern und deren Umfeld erreicht, auf die Bereitstellung von lebenswichtigen Vorschüssen und Krediten und auf die Förderung ökologisch nachhaltiger Produktionsmethoden. Verbraucher sollten nicht nur Firmen wählen, deren Produktlinien ein starkes Engagement für diese Normen offenbaren, sondern sollten auch weitere Firmen zu einer stärkeren Beteiligung am *Fair-Trade* Handel ermuntern.

Verbraucher sollten ihren Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen statt im Licht des Bedarfs an unbegrenzter Produktion materieller Güter vielmehr im Licht des Bedarfs an verbesserter Lebensqualität bewerten. Wir rufen die Verbraucher einschliesslich der Ortsgemeinden und kirchennahen Einrichtungen auf, das Erreichen dieser Ziele zu organisieren und ihre Unzufriedenheit mit schädlichen wirtschaftlichen, sozialen oder ökologischen Verfahrensweisen durch angemessene Methoden kundzutun wie z.B. Boykott, Briefe, gemeinsame Erklärungen und Anzeigen. Diese Methoden können z.B. angewandt werden, um Fernsehen und Radio zum Besseren hin zu beeinflussen.

E) Armut:

Trotz des allgemeinen Wohlstands in den Industrienationen lebt die Mehrheit der Weltbevölkerung in Armut. Um für Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Obdach, Bildung, Gesundheitsversorgung und andere Notwendigkeiten zu sorgen, müssen Wege gefunden werden, um die Ressourcen der Welt gerechter zu verteilen. Wachsende Technisierung, begleitet von ausbeuterischen Wirtschaftspraktiken, lässt viele Menschen verarmen und erzeugt einen sich ständig wiederholenden Kreislauf der Armut. Deshalb machen wir Arme nicht für ihre wirtschaftliche Situation moralisch verantwortlich. Um zu beginnen, die Armut zu lindern, unterstützen wir unter anderem folgende Massnahmen: ein dauerhaftes ausreichendes Einkommen, qualitativ hochstehende Bildung, anständige Unterkunft, Berufsausbildung, sinnvolle Anstellungschancen, angemessene medizinische und klinische Versorgung und die Humanisierung und radikale Überprüfung von sozialen Hilfsmassnahmen. Zumal niedrige Löhne oft eine Ursache der Armut sind, sollten Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern einen Lohn zahlen, der diese für ihren Lebensunterhalt nicht von staatlichen Unterstützungen wie z.B. Lebensmittelmarken oder Sozialhilfe abhängig sein lässt.

F) Migranten als Arbeitnehmer⁸:

Migranten und andere landwirtschaftliche Hilfskräfte, die schon seit langem für den Dienst der Kirche ein besonderes Anliegen darstellen, sind durch ihre Lebensweise an sich von vielen wirtschaftlichen und sozialen Vorzügen ausgeschlossen, in deren Genuss andere Arbeiter kommen. Die Lage vieler Migranten wird dadurch zusätzlich verschlimmert, dass sie Personen aus anderen Ethnien und Kulturen sind, die in der Gesellschaft von zahlreichen anderen Ungerechtigkeiten bedrängt werden. Wir setzen uns für die Rechte aller Migranten ein und begrüßen ihre Bemühungen hinsichtlich einer verantwortlichen Selbstorganisation und Selbstbestimmung. Wir rufen die Regierungen und alle Arbeitnehmer dazu auf, sicherzustellen, dass Migranten dieselben Vorzüge in Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft erhalten wie alle anderen Bürger. Wir rufen unsere Gemeinden auf, danach zu trachten, Programme für solche Migranten zu entwickeln, die in ihren Bezirk kommen, und ihre Bemühungen, sich für Tarifverhandlungen zu organisieren, zu unterstützen.

G) Glücksspiele:

Glücksspiele sind eine Bedrohung für die Gesellschaft, mit tödlicher Wirkung auf die besten Absichten im moralischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und geistlichen Leben und zerstörerisch für eine gute Regierung. Als ein Akt des Glaubens und der Sorge sollten Christen sich Glücksspielen fernhalten und danach trachten, den Menschen zu dienen, die Opfer dieser Handlungsweise geworden sind. Wo das Spielen zur Sucht geworden ist, wird die Kirche solche Personen dazu ermutigen, sich therapeutische Hilfe zu suchen, damit die Energie des Menschen neu auf positive und konstruktive Ziele hin ausgerichtet werden kann. Die Kirche sollte Normen und einen persönlichen Lebensstil fördern, der die Zuflucht in kommerzielle Glücksspiele einschliesslich der öffentlichen Lotterie - als Freizeitbeschäftigung, Flucht oder ein Mittel, staatliche Einkünfte oder Mittel für die Unterstützung von Hilfsorganisationen oder des Staates zu schaffen, unnötig und nicht wünschenswert macht.

H) Landwirtschaftliche Familienbetriebe:

Der Wert landwirtschaftlicher Familienbetriebe steht seit langem als bedeutende Grundlage für eine freie und demokratische Gesellschaft fest. In den letzten Jahren wird das Überleben selbstständiger Bauern weltweit von verschiedenen Faktoren bedroht, einschliesslich der steigenden Konzentration aller Phasen der Landwirtschaft in die Hände einer begrenzten Zahl transnationaler Unternehmen. Die Konzentration der Nahrungsversorgung für viele in die Hände dieser wenigen stellt globale Fragen nach der Gerechtigkeit, die nach Wachsamkeit und Aktion rufen.

Wir rufen den Sektor der Agrarwirtschaft dazu auf, mit Respekt für die Menschenrechte zu handeln, in erster Linie in der verantwortlichen Haushaltschaft für das tägliche Brot für die Welt, und in zweiter Linie als verantwortliche Staatsbürger, die das Recht aller Bauern respektieren, seien es grosse oder kleine - aus ehrlicher Arbeit einen fairen Ertrag zu gewinnen. Wir sprechen uns für die Rechte der Menschen aus, Eigentum zu besitzen und sich durch die Bebauung des Landes ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Wir rufen unsere Gemeinden dazu auf, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um prophetisch in die Belange der Nahrungsmittelversorgung und der Menschen hineinzusprechen, die Nahrung für die Welt anbauen.

I) Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen:

Unternehmen sind nicht nur ihren Aktionären verpflichtet, sondern auch anderen Beteiligten: ihren Arbeitnehmern, Lieferanten, Händlern, Konsumenten, der Umgebung, in der sie Handel treiben, und der Erde, die sie trägt. Wir unterstützen das Recht der Öffentlichkeit, zu wissen, welchen Einfluss Unternehmen auf diesen unterschiedlichen Plattformen haben, damit die Menschen ausreichend Informationen haben, um Entscheidungen darüber treffen zu können, welche Unternehmen sie unterstützen wollen. Wir begrüßen Unternehmen, die sich freiwillig Normen verpflichten, die das Wohlergehen der Menschen fördern und die Umwelt schützen.

J) Handel und Investitionen:

Wir bejahen die Wichtigkeit des internationalen Handels und Investierens in einer Welt voller gegenseitiger Abhängigkeiten. Handel und Investitionen sollten auf Regeln basieren, die den Wert des Menschen, eine saubere Umwelt und unser gemeinsames Menschsein achten. Handelsabkommen müssen Mechanismen mit einschliessen, die bewirken, dass das Arbeitsrecht und die Menschenrechte genauso wie ökologische Normen eingehalten werden. Die breite Fürsprache in der Bevölkerung und die Teilnahme an

⁸ Mit ‚Migranten‘ sind hier vermutlich die in den USA zahlreichen nicht sesshaften Erntehelfer gemeint.

Handelsvereinbarungen müssen durch demokratische Mechanismen der Konsultation und Partizipation gesichert werden.

164. V. Die Politische Gemeinschaft

Während unsere Treue und Loyalität Gott gegenüber Vorrang hat vor unserer derjenigen gegenüber irgendeinem Staat, erkennen wir dennoch die lebenswichtige Funktion der Regierung als wichtigstes Vehikel für die Ordnung in der Gesellschaft an. Weil wir uns selbst Gott gegenüber für das gesellschaftliche und politische Leben verantwortlich wissen, erklären wir hinsichtlich der Regierungen Folgendes:

A) Grundrechte und Menschenrechte:

Wir halten Regierungen verantwortlich für den Schutz der Rechte der Menschen auf freie und gerechte Wahlen und die Freiheit der Meinungsäußerung, die Religionsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Freiheit in den Kommunikationsmedien und im Ersuchen um Rechtshilfe bei Klagen ohne Angst vor Repressalien; auf das Recht auf den Schutz der Privatsphäre; und auf die Garantie der Rechte auf angemessene Nahrung, Kleidung, Obdach, Bildung und Gesundheitsfürsorge. Die Form und die führenden Amtsträger aller Regierungen sollten durch das Ausüben des Wahlrechts, das allen erwachsenen Staatsbürgern garantiert ist, entschieden werden. Wir lehnen ausserdem mit allen Kräften die häusliche Überwachung und Einschüchterung politischer Opponenten durch Regierungen ab, die an der Macht sind, wie auch alle anderen Missbräuche von Ämtern bei Wahlen oder Ernennungen in hohe Ämter. Der Einsatz von Hausarrest und Gefängnis zum Zweck der Schikanie und Elimination politischer Opponenten oder anderer Dissidenten verletzt menschliche Grundrechte. Darüber hinaus verletzt die Misshandlung oder Folter von Menschen durch Regierungen zu jeglichem Zweck die christliche Lehre und muss von Christen und Kirchen verurteilt und/oder bekämpft werden, wo und wann auch immer sie sich ereignet.

Die Kirche betrachtet die Institution der Sklaverei als ein schändliches Übel. Alle Formen der Versklavung sind absolut verboten und sollen auf keinerlei Weise durch die Kirche geduldet werden.

B) Politische Verantwortung:

Die Stärke eines politischen Systems hängt von der vollen und bereitwilligen Beteiligung seiner Bürger ab. Die Kirche soll kontinuierlich einen starken ethischen Einfluss auf den Staat ausüben und eine Politik und Massnahmen unterstützen, die als gerecht betrachtet werden, und eine Politik und Massnahmen, die ungerecht sind, bekämpfen.

C) Beziehung von Kirche und Staat:

Die *United Methodist Church* unterstützt seit vielen Jahren die Trennung von Kirche und Staat. In manchen Teilen der Welt hat diese Trennung die Vielfalt religiöser Ausdrucksformen und die Freiheit garantiert, Gott gemäss dem Gewissen jeder einzelnen Person anzubeten. Die Trennung von Kirche und Staat bedeutet keine organische Einheit der beiden, erlaubt aber durchaus die Interaktion. Der Staat sollte nicht seine Autorität dazu einsetzen, bestimmte religiöse Überzeugungen (einschliesslich den Atheismus) zu fördern, auch sollte er in den öffentlichen Schulen kein Gebet und keinen Gottesdienst zur Pflicht machen, sondern sollte den Schülern die Freiheit lassen, ihre eigenen religiösen Überzeugungen zu leben. Wir glauben, dass der Staat nicht versuchen soll, die Kirche zu kontrollieren, genauso wenig sollte die Kirche danach streben, den Staat zu dominieren. Die rechtmässige und lebenswichtige Trennung von Kirche und Staat, die der Sache der Religionsfreiheit gedient hat, soll nicht als die Abschaffung aller religiösen Ausdrucksformen aus dem öffentlichen Leben missverstanden werden.

D) Informationsfreiheit:

Bürger aller Länder sollen Zugang zu allen wichtigen Informationen über ihre Regierung und deren Politik haben. Illegale und gewissenlose Aktivitäten, die von der eigenen Regierung gegen Personen oder Gruppen gerichtet sind, dürfen nicht gerechtfertigt oder geheim gehalten werden, auch nicht unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit.

E) Bildung:

Wir glauben, dass jede Person das Recht auf Bildung hat. Wir glauben auch, dass die Verantwortung für die Bildung der Jugend bei der Familie, den Glaubensgemeinschaften und der Regierung liegt. In der Gesellschaft lässt sich diese Funktion am besten durch öffentliche Massnahmen erfüllen, die für alle Menschen den Zugang zu freien öffentlichen Grundschulen und weiterführenden Schulen und zu Oberstufenschulen ihrer eigenen Wahl sicher stellen. Personen sollen nicht durch finanzielle Hindernisse vom Zugang zu kirchlichen und anderen unabhängigen höheren Bildungseinrichtungen ausgeschlossen werden.

Wir bejahen das Existenzrecht öffentlicher und unabhängiger Schulen und Universitäten, und wir fördern staatliche Massnahmen, die den Zugang und die Wahlmöglichkeiten sichern und die keine verfassungswidrigen Verwicklungen zwischen Kirche und Staat schaffen.

F) Ziviler Gehorsam und ziviler Ungehorsam:

Regierungen und Gesetze sollten Diener Gottes und der Menschen sein. Staatsbürger haben die Pflicht, sich an Gesetze zu halten, die von der Regierung in einem verfassungsgemässen und gerechten Prozess vorschriftsmässig eingeführt wurden. Aber Regierungen unterliegen nicht weniger als Einzelpersonen dem Gericht Gottes. Deshalb erkennen wir das Recht der Einzelperson auf eine abweichende Meinung an, wenn sie mit befangenem Gewissen handelt und, nachdem alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft sind, erkennen wir das Recht einer solchen Person an, sich Gesetzen, die ihr ungerecht zu sein scheinen oder die willkürlich gehandhabt werden, zu widersetzen oder diese nicht zu befolgen. Aber auch dann soll durch den Verzicht auf Gewaltanwendung und durch die Bereitschaft, die Kosten des Ungehorsams zu zahlen, dem Gesetz gegenüber Respekt erwiesen werden. Wir ermutigen auf keinerlei Weise zu irgendeiner Form des gewaltsamen Protestes oder der gewaltsamen Aktion gegen alle Personen, die mit der Abtreibungsfrage zu tun haben, und billigen dies auch nicht. Unsere Gebete gelten den Menschen in rechtmässigen Machtpositionen, die der Allgemeinheit dienen, und wir unterstützen deren Bemühungen, unter allen Menschen Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu wahren. Wir verteidigen die Pflicht der Kirchen, Personen zu unterstützen, die aufgrund ihrer Gewissenshaltung leiden, welche sich in gewaltlosen Ansichten oder Handlungsweisen zeigt. Wir drängen die Regierungen, die Bürgerrechte, wie sie durch den Internationalen Bund für Bürgerrechte und politische Rechte definiert wurden, diesen Personen zuzusichern, die aufgrund dieser gewaltlosen Akte in Konflikt mit dem jeweiligen Landesgesetz geraten.

G) Todesstrafe:

Wir glauben, dass die Todesstrafe die Kraft Christi, alle Menschen zu erlösen, zu erneuern und umzugestalten, verleugnet. Die *United Methodist Church* ist über die Verbrechen in aller Welt und den Wert eines jeden Lebens, das durch Mord oder Totschlag endet, zutiefst betroffen. Wir glauben, dass alles menschliche Leben heilig und von Gott geschaffen ist und dass wir deshalb alles menschliche Leben als bedeutend und wertvoll betrachten müssen. Wenn Regierungen die Todesstrafe anwenden, dann wird das Leben des Verurteilten seines Wertes und jeder Möglichkeit zur Veränderung beraubt. Wir glauben an die Auferstehung Jesu Christi und daran, dass die Busse die Versöhnung mit Christus ermöglicht. Dieses Geschenk der Versöhnung wird allen Personen unterschiedslos angeboten und verleiht allem Leben neue Würde und Heiligkeit. Aus diesem Grund lehnen wir die Todesstrafe ab und drängen auf ihre Entfernung aus allen Strafgesetzbüchern.

H) Strafrecht und heilende Gerechtigkeit:

Um alle Menschen vor Übergriffen auf ihre persönlichen Rechte und Eigentumsrechte zu schützen, haben Regierungen Mechanismen der Gesetzesvollstreckung und Gerichtsbarkeit eingeführt. Eine lange Reihe von Strafmassnahmen dient dazu, gesellschaftliche Empörung zu äussern, gefährliche Verbrecher ausser Gefecht zu setzen, potentielle Verbrecher abzuschrecken und Möglichkeiten der Rehabilitation anzubieten. Wir unterstützen staatliche Massnahmen, die zum Ziel haben, Verbrechen zu vermindern und aus der Welt zu schaffen, und die der Achtung vor der grundlegenden Freiheit für alle Menschen Rechnung tragen.

Wir lehnen jeden Missbrauch dieser Mechanismen ab, einschliesslich deren Einsatz zum Ziel der Rache oder der Verfolgung oder Einschüchterung der Menschen, deren Rasse, Erscheinung, Lebensstil, wirtschaftliche Situation oder Glaubensüberzeugungen sich von denen der Machthaber unterscheiden. Wir lehnen jede nachlässige, unsensible oder diskriminierende Anwendung des Gesetzes ab, die allen nicht der Landessprache mächtigen⁹ Personen und Personen mit Behinderungen Gerechtigkeit vorenthält. Weiterhin unterstützen wir Massnahmen, die zum Ziel haben, die sozialen Bedingungen zu verändern, die zu Verbrechen führen, und wir ermutigen zur kontinuierlichen positiven Interaktion zwischen Staatsbeamten als Ausführenden des Gesetzes und Mitgliedern der Gesamtgesellschaft.

In der Liebe Christi, der gekommen ist, um die zu retten, die verloren und verletztlich sind, drängen wir auf die Schaffung eines gänzlich neuen Systems zur Fürsorge und Wiederherstellung von Opfern, Tätern, Justizbeamten und der Gesamtgesellschaft. Restaurative Gerechtigkeit entspringt der biblischen Autorität die eine rechte Beziehung zu Gott, zu sich selbst und zum sozialen Umfeld betont. Wenn eine solche

⁹ Eigentlich: "allen nicht englisch sprechenden Personen"

Beziehung durch ein Verbrechen verletzt oder zerbrochen wird, werden Gelegenheiten zur Wiedergutmachung geschaffen.

Die meisten Strafrechtssysteme auf der Welt basieren auf dem Gedanken der Vergeltung. Diese vergeltenden Rechtssysteme ziehen den Verbrecher dem Staat gegenüber zur Verantwortung und setzen Strafe als das ausgleichende Werkzeug für Verantwortlichkeit ein. Im Gegensatz dazu strebt die restaurative Gerechtigkeit danach, den Täter gegenüber dem Opfer und der gestörten sozialen Gemeinschaft zur Verantwortung zu ziehen. Durch Gottes erneuernde Kraft strebt die heilende Gerechtigkeit danach, den Schaden wieder gut zu machen, das Übel zu beheben und allen Beteiligten, einschliesslich dem Opfer, dem Täter, den Familien und der Gemeinschaft Heilung zu bringen. Die Kirche wird umgewandelt werden, wenn sie auf den Anspruch der Nachfolge so reagiert, dass sie ein Agent der Heilung und des systemischen Wandels wird.

I) Militärdienst:

Wir missbilligen den Krieg und drängen auf die friedliche Beilegung aller Meinungsverschiedenheiten zwischen Nationen. Schon seit Anfang an kämpft das christliche Gewissen mit den krassen Realitäten der Gewalt und des Krieges, denn diese Übel durchkreuzen deutlich Gottes liebevolle Absichten für die Menschheit. Wir sehnen uns nach dem Tag, an dem es keinen Krieg mehr geben wird und an dem die Menschen in Frieden und Gerechtigkeit zusammenleben werden. Manche von uns glauben, dass Krieg und andere gewalttätige Akte für Christen nie akzeptabel sind. Wir erkennen auch an, dass viele Christen glauben, dass in dem Fall, dass friedliche Lösungsansätze versagt haben, der Einsatz von Waffen zu bedauern ist, aber der ungehinderten Aggression, der Tyrannei und dem Völkermord vorzuziehen ist. Wir ehren das Zeugnis der Pazifisten, die nicht zulassen werden, dass wir in den Fragen des Krieges und der Gewalt selbstzufrieden werden. Auch respektieren wir diejenigen, die den Einsatz von Gewalt gutheissen, jedoch nur in extremen Situationen und nur dann, wenn der Bedarf deutlich über alle vernünftigen Zweifel erhaben ist, und durch passende internationale Eingreiftruppen. Wir drängen auf die Durchsetzung des Rechts als Leitgedanken in internationalen Angelegenheiten als ein Mittel, in diesen Angelegenheiten Krieg, Gewalt und Zwang abzuschaffen.

Wir lehnen eine nationale Politik des erzwungenen Militärdienstes als unvereinbar mit dem Evangelium ab. Wir erkennen die quälende Spannung an, die der Bedarf an Militärdienst für die nationalen Regierungen schafft. Wir drängen alle jungen Erwachsenen, im Finden einer bewussten Entscheidung bezüglich des Wesens ihrer Bürgerverantwortung den Rat der Kirche zu suchen. Pastoren sind aufgerufen, allen jungen Erwachsenen, die mit der Wehrpflicht konfrontiert sind, als Berater zur Verfügung zu stehen, einschliesslich denjenigen, die sich bewusst weigern, mit einem System der Wehrpflicht zu kooperieren.

Wir unterstützen den Dienst der Kirche und dessen Ausweitung auf die Menschen, die bewusst den Krieg an sich oder einen bestimmten Krieg ablehnen und die sich deshalb weigern, in der Armee zu dienen oder mit einem System der militärischen Wehrpflicht zu kooperieren. Wir unterstützen auch die Ausweitung des Dienstes der Kirche auf diejenigen, die sich bewusst dazu entschliessen, in der Armee zu dienen oder Ersatzdienst zu leisten. Als Christen sind wir uns bewusst, dass weder der Weg des militärischen Handelns noch der Weg des Nichthandels immer vor Gott gerecht ist.

165. VI. Die Weltgemeinschaft

Gottes Welt ist eine Welt. Die Einheit die uns heute durch die technische Revolution aufgedrängt wird, hat unsere moralischen und geistlichen Kapazitäten, eine stabile Weltordnung zu erreichen, bei weitem überholt. Die erzwungene Einheit der Menschheit, die sich immer mehr auf allen Ebenen des Lebens zeigt, stellt die Kirche wie auch die Menschen vor Probleme, deren Beantwortung keinen Aufschub duldet: Ungerechtigkeit, Krieg, Ausbeutung, Privilegien, Bevölkerung, die internationale ökologische Krise, die starke Vermehrung nuklearer Waffenarsenale, die Entwicklung von transnationalen Wirtschaftsunternehmen, die sich jeglicher effektiven Kontrolle durch eine staatliche Struktur entziehen, und das Zunehmen der Gewaltherrschaft in all ihren unterschiedlichen Formen. Die gegenwärtige Generation muss gangbare Antworten auf diese und diesen verwandte Fragen finden, wenn die Menschheit weiter auf dieser Erde existieren soll. Wir als Kirche verpflichten uns der Schaffung einer Weltgemeinschaft, die eine Gemeinschaft von Menschen ist die einander aufrichtig lieben. Wir geloben, nach der Bedeutung des Evangeliums für alle Aspekte zu suchen, die Menschen trennen und das Wachstum der Weltgemeinschaft gefährden.

A) Nationen und Kulturen:

So, wie Gott einzelne Personen in ihrer Vielfalt bestätigt, so tut er das auch mit Nationen und Kulturen. Wir erkennen an, dass keine Nation oder Kultur in der Behandlung ihrer eigenen Leute absolut gerecht und richtig handelt, noch dass es eine Nation gibt, die sich überhaupt nicht um das Wohlergehen ihrer Bürger kümmert. Die Kirche muss die einzelnen Staaten als verantwortlich für die ungerechte Behandlung ihrer Bürger und anderer Menschen, die innerhalb ihrer Grenzen leben, ansehen. Während wir einerseits in der Kultur und politischen Philosophie einer jeden Nation berechnete Unterschiede anerkennen, bestehen wir andererseits auf Gerechtigkeit und Frieden in jeder Nation.

B) Nationale Macht und Verantwortung:

Manche Nationen besitzen mehr militärische und wirtschaftliche Kraft als andere. Auf den Starken ruht die Verantwortung, ihren Reichtum und Einfluss mit Zurückhaltung anzuwenden. Wir bejahen das Recht und die Pflicht der Angehörigen einer jeden Nation, ihre Geschicke selbst zu bestimmen. Wir drängen die grossen politischen Mächte, ihre gewaltfreie Macht dazu zu nutzen, die politische, soziale und wirtschaftliche Selbstbestimmung anderer Nationen zu maximieren, anstatt ihre eigenen besonderen Interessen zu verfolgen. Wir begrüssen internationale Bemühungen zur Entwicklung einer gerechteren Wirtschaftsordnung, in der die begrenzten Ressourcen der Erde zum maximalen Nutzen aller Nationen und Völker eingesetzt werden. Wir drängen die Christen in jeder Gesellschaft, die Regierungen, unter denen sie leben, und die wirtschaftlichen Grössen innerhalb ihrer Gesellschaft zu ermutigen, die Entwicklung einer gerechteren Wirtschaftsordnung zu unterstützen und darauf hinzuarbeiten.

C) Krieg und Frieden:

Wir glauben, dass der Krieg mit den Lehren und dem Beispiel Christi unvereinbar ist. Deshalb lehnen wir Krieg als Mittel der nationalen Aussenpolitik ab und meinen, dass Krieg nur als letzter Ausweg in der Prävention solcher Übel wie Völkermord, brutale Unterdrückung der Menschenrechte und unprovokierter internationaler Aggression eingesetzt werden darf. Wir bestehen darauf, dass es die erste moralische Pflicht aller Nationen ist, jeden Disput, der innerhalb einer Nation oder zwischen Nationen entsteht, mit friedlichen Mitteln zu lösen; dass in der Festlegung der Prioritäten für die Regierungen menschliche Werte schwerer wiegen müssen als militärische Ansprüche; dass die Militarisierung einer Gesellschaft in Frage gestellt und gestoppt werden muss; dass die Herstellung, der Verkauf und die Verteilung von Waffen eingeschränkt und kontrolliert werden müssen; und dass die Herstellung, der Besitz oder der Einsatz von Atomwaffen geächtet werden muss. Folglich stellen wir uns hinter die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und effektiver internationaler Kontrolle.

D) Recht und Gerechtigkeit:

Menschen und Menschengruppen müssen sich in ihrem Leben und ihrem Recht, in einer Gesellschaft zu leben, sicher fühlen, wenn eine Ordnung durch das Gesetz erreicht und erhalten werden soll. Wir erachten eine Ordnung des Lebens, die Ungerechtigkeit auf ewig festschreibt, als unmoralisch. Auch die Nationen müssen sich in der Welt sicher fühlen, wenn die Weltgemeinschaft Wirklichkeit werden soll.

Im Glauben daran, dass für internationale Gerechtigkeit die Beteiligung aller Völker notwendig ist, stellen wir uns hinter die Vereinten Nationen, deren verwandte Organisationen und den Internationalen Gerichtshof als die besten heute existierenden Instrumente, um eine Welt des Rechts und der Gerechtigkeit zu schaffen. Wir begrüssen die Bemühungen aller Menschen in allen Ländern, die auf dem Wege des Gesetzes den Weltfrieden anstreben. Wir begrüssen internationale Hilfsprojekte und Kooperationen in allen Belangen des Mangels und des Konflikts. Wir drängen auf die Aufnahme aller Nationen in die Vereinten Nationen, die eine Mitgliedschaft wünschen und die die Verantwortung gegenüber den Vereinten Nationen zu tragen bereit sind. Wir drängen die Vereinten Nationen, in der Entwicklung von internationalen Schlichtungsprozessen in Disputen und offenen Konflikten zwischen Nationen durch die Einführung des Schlichtungszwangs durch eine dritte Partie eine aggressivere Rolle einzunehmen. Bilaterale und multilaterale Bemühungen ausserhalb der Vereinten Nationen sollten im Rahmen derer Ziele und nicht gegenläufig dazu verlaufen. Wir bekräftigen von neuem unser geschichtlich gewachsenes Anliegen für die Welt als unseren Gemeindebezirk und streben für alle Menschen und Völker nach einer vollen und gleichberechtigten Mitgliedschaft in einer Weltgemeinschaft, die diesen Namen verdient.

166. VII. Unser Soziales Glaubensbekenntnis

Wir glauben an Gott, den Schöpfer der Welt, und an Jesus Christus, den Erlöser der Schöpfung. Wir glauben an den Heiligen Geist, durch den wir Gottes Gaben anerkennen, und wir tun Busse von unserer Sünde, diese Gaben zu götzendienerischen Zwecken missbraucht zu haben.

Wir bejahen die natürliche Welt als Gottes Werk und widmen uns ihrer Erhaltung, Verbesserung und treuer Verwendung durch die Menschheit.

Wir nehmen freudig den Segen der Gemeinschaft, der Sexualität, der Ehe und der Familie für uns und für andere an.

Wir verpflichten uns den Rechten der Männer, der Frauen, der Kinder, der Jugendlichen, der jungen Erwachsenen, der Alten und der Behinderten; der Verbesserung der Lebensqualität; und den Rechten und der Würde aller Menschen.

Wir glauben an das Recht und die Pflicht aller Menschen, zur Ehre Gottes und zum Nutzen ihrer selbst und für andere zu arbeiten, und in diesem Tun an den Schutz ihres Wohlergehens; wir glauben an das Recht auf Eigentum als Treuhänder Gottes, an das Recht auf fairen Lohn und verantwortungsbewussten Konsum; und wir glauben an die Beseitigung von wirtschaftlichen und sozialen Missständen. Wir widmen uns dem Frieden in aller Welt, der Herrschaft des Rechts und der Gerechtigkeit unter allen Völkern und der individuellen Freiheit für alle Menschen auf der Welt. Wir glauben an den gegenwärtigen und letztendlichen Triumph von Gottes Wort in menschlichen Belangen und nehmen freudig unseren Befehl entgegen, das Leben des Evangeliums in der Welt sichtbar zu machen. Amen.

(Es wird empfohlen, dass diese Erklärung der Sozialen Grundsätze den Christen in der *United Methodist Church* ständig zur Verfügung steht und dass sie regelmässig in jeder Gemeinde zur Sprache kommt. Darüber hinaus wird empfohlen, dass "Unser soziales Glaubensbekenntnis" häufig im Sonntagsgottesdienst verwendet wird.)